

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havliczkovo nám. 32. Telefon 6795, nachts 6787. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat, Prag II., Havliczkovo nám. 32. Postfachamt 57544.

Inserate werden laut Tarif billigt berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Freitag, 16. März 1923.

Nr. 62.

Der Fall Bergler.

Die Geschichte eines tschechoslowakischen Gesandten.

II.

Bildet schon das bisher Gesagte über die Zustände in der Gesandtschaft in Tokio einen Skandal von nie dagewesenen Dimensionen, so ist damit der Gipfelpunkt des Unerhörten noch lange nicht erreicht. Und hier geht es nicht mehr allein um die Schuld der Lumpengesellschaft, die in Tokio jahrelang mit der Führung der diplomatischen Geschäfte der Tschechoslowakischen Republik betraut war, sondern auch um die Schuld des Systems, wie es bei uns seit dem Umsturz sich im Schatten und Schutze des Nationalismus und Patriotismus etabliert hat. Die Interpellationsbeantwortung sucht als Grund dafür, daß eine solche ausgefallene Bande von Strohalchen in der Gesandtschaft von Tokio die Repräsentanz der Republik bilden konnte, den Umstand geltend zu machen, daß der diplomatische Außendienst des neuen Staates beim Umsturz außer einigen Konsularbeamten niederer Kategorien keinerlei Grundlagen vorfand und über kein geschultes Beamtensmaterial verfügte. Das wäre schon an und für sich keine Rechtfertigung für die über ein Jahr andauernde Schandwirtschaft in der genannten Gesandtschaft, noch weniger aber für das, was später folgte. Der Mangel an geschultem Personal entschuldigt nicht die Bedenkenlosigkeit, mit der bei der Aufnahme von Beamten — und das gilt nicht nur vom Außenministerium — vorgegangen wurde. Als Befähigungsnachweis galt vor allem — und gilt auch heute noch — die politische und nationale Gesinnung des Bewerber, seine Zugehörigkeit zu einer der an der Macht befindlichen tschechischen Parteien und des Grad des Einflusses, den ihm die Protektion der führenden Personen dieser Parteien gewährte. Kenntnisse und Befähigung spielten dabei eine untergeordnete Rolle. Ein solches System mußte schließlich solche Giftblüten, wie den Tokioer Gesandtschaftsskandal zeitigen. Daß Bergler in dem Rufe stand, sich — wie übrigens schon gesagt — höchst ungehörliche — Vorbeeren für die „tschechische Sache“ im Kriege erworben zu haben, das genügte, um ihm, dem Abenteuerer, einen der höchsten Posten und eine der hervorragendsten Würden, die der Staat zu vergeben hat, zu verleihen. Man wußte sogar um die Qualität der ihm zugeteilten Beamten, denn, wie die Interpellationsbeantwortung ausdrücklich feststellt, wurde Bergler noch vor der Abreise nach Tokio von den Herren Jan Masaryk und Strimprauer aufmerksam gemacht, sich vor Novak zu hüten. In sehr maßgebenden Kreisen kannte man also den Charakter dieses Lumpen, dennoch wurde seine Anstellung geduldet. Die „verlässliche nationale Gesinnung“ deckte alles zu. Die Art des Vorgehens bei Beamtenernennungen illustriert auch die Anstellung der Beamtin Eliáš, die, wie die Antwort des Ministers besagte, einen höheren Posten bei der Gesandtschaft erhielt, weil sie „wiederholt von mehreren Abgeordneten empfohlen worden war“.

Unter diesen Umständen kann es kein Erstaunen wecken, daß der Herr Gesandte sich gegenüber dem Ministerium allmächtig fühlte und alles für erlaubt hielt. Tatsächlich schritt das Ministerium erst am 4. März 1921, also nach mehr als einem Jahr seiner „Amtstätigkeit“, gegen Bergler ein, zu einer Zeit, da der Skandal schon zum Himmel stank. Bergler erhielt — dreimonatigen Urlaub und das Ministerium — nicht etwa das Gerücht! — leitete die Untersuchung ein. Nach Berglers Beurlaubung kamen immer neue Dinge ans Tageslicht, da die übriggebliebenen Gesandtschaftsbeamten endlich die Sprache fanden. Da zeigte es sich, daß von einer ordentlichen Buch- und Kassaführung unter Berglers Leitung überhaupt nicht gesprochen werden konnte. In den Büchern und in der Kassa herrschte — wörtlich nach der Interpellationsbeantwortung: — „Unordnung und Chaos“, da Bergler zwischen

Der Kampf gegen das Schutzgesetz dauert fort.

Am 15. dies. Monats hielt in Prag der Volksgauausschuß des Parteivorstandes der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Gemeinschaft mit den Vertretern der Kreisorganisationen unter dem Vorsitz des Genossen Abg. Hilbrand eine Sitzung ab, in der in eingehender Weise die Fortführung des Kampfes gegen das Schutzgesetz erörtert wurde. In der Protesterklärung, die namens des Klubs der Abgeordneten im Parlament abgegeben wurde, ist bereits die Ankündigung erfolgt, daß der Kampf gegen den dauernden gesetzlichen Ausnahmezustand unter allen Umständen weitergeführt wird. Die Sit-

zung beschloß, die Lokalorganisationen aufzufordern, dahin zu wirken, daß die Versammlungstätigkeit in allen Orten fortgesetzt wird, damit der Bevölkerung der Inhalt und die Bedeutung des Schutzgesetzes in eindringlicher Weise klar gemacht werden kann. Die Bezirksorganisationen werden aufgefordert, falls Verfolgungen aufgrund des Schutzgesetzes geschehen sollten, hierüber an den Parteivorstand sofort genauestens zu berichten. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, eine Agitationsbrochure gegen das Schutzgesetz zur Massenverbreitung herauszugeben.

Vor einem englischen Vermittlungsversuch?

Eine neue Reparationskonferenz. — Der Druck des englischen Unterhauses. — Bonar Law zum Eingreifen gezwungen.

Berlin, 15. März. (Eigenbericht.) Mit größter Bestimmtheit taucht in den Pariser und Londoner Blättern die Behauptung auf, daß der englische Kabinettsrat eine Anfrage an die deutsche Regierung beschlossen hat, daß der englische Kabinettsrat eine Anfrage an die deutsche Regierung gemacht werden, als gleichberechtigtes Mitglied an einer Konferenz teilzunehmen, der ein englisch-amerikanisches Reparationsproblem zur Beratung vorliegen soll. Nach einer anderen Fassung soll die deutsche Regierung aufgefordert werden, ihre Anerbieten zu formulieren. Die Möglichkeit, daß Verhandlungen eingeleitet werden, scheint umso eher gegeben, als die Brüsseler Konferenz die Räumung des Ruhrgebietes prinzipiell beschlossen hat. Der bisherige Mißerfolg der Aktion hat sicher dazu beigetragen, die Verhandlungsbereitschaft der belgischen Regierung zurückzuführen ist. Für die größere Aktivität der englischen Regierung ist jedenfalls die Tatsache ausschlaggebend, daß die parlamentarische Stellung der Regierung immer unsicherer wird. Bei der letzten Abstimmung im Unterhaus erzielte sie nur noch eine Mehrheit von 48 Stimmen; sogar konservative Abgeordnete gaben ihrer Mißbilligung der Regierungspolitik durch Stimmenthaltung Ausdruck.

Deutschland ist selbstverständlich, wie der Reichskanzler in seiner letzten Rede angedeutet hat, jederzeit zu Verhandlungen bereit. Die Anforderungen einzelner Abendblätter, daß Deutschland erst nach vorangegangener Räumung des Ruhrgebietes verhandeln werde, sind nicht ernst zu nehmen. Die deutsche Regierung wird sich hüten, im entscheidenden Augenblick alle Chancen aus Prestige Gründen aufzugeben.

Ein unklares Dementi.

London, 15. März. Reuter meldet: Die englische Regierung hat definitiv erklärt, daß es ihr heute nicht zusteht, zwischen Frankreich und Belgien und der deutschen Reichsregierung zu vermitteln. Es ist klar, daß es an der deutschen Regierung liegt, einen Vorschlag zu machen, der Frankreich und Belgien befriedigen würde, die dann die Verhandlungen beginnen könnten. Wenn

Deutschland der englischen Regierung einen Vorschlag vorlegen würde, auf den die Aufmerksamkeit Frankreichs gelenkt werden sollte, wird sich England darauf beschränken, die Reichsregierung darauf aufmerksam zu machen, daß der Vorschlag Frankreich und Belgien direkt vorgelegt werden müsse. Deutschland hat übrigens die Freiheit, die Bedingungen des Vorschlages zu veröffentlichen, der Frankreich und Belgien so automatisch erreichen würde.

seinem und dem Gelde der Gesandtschaft keinen Unterschied machte, für sich und seine Familie nach Belieben der Kassa ohne Quittung Vorschüsse auf Gehalt, Zehr- und Reisegelder entnahm, über die bis zum heutigen Tage noch keine Verrechnung erfolgte. Diesem Vorbilde des Vorgesetzten folgten auch einzelne Beamte — die Kassa war gewissermaßen Gemeingut. Ein ganz untergeordneter Angestellter der Gesandtschaft, der Diener Ruzička, „verwaltete“ einen Teil dieser Legationsgelder, was er in der Weise tat, daß er von ihnen schließlich sogar die Privatschulden der Gesandtschaftsbeamten bezahlte.

Was geschah nun? Zweifellos hätte die ganze Gesellschaft ins Kriminal gehört, doch das Ministerium zeigte sich, wie es versichert, „benevolent“, das heißt: wohlwollend! Wohlwollend gegenüber den pflichtvergessenen Gesellen, Defraudanten und Betrüglern! Nicht jeder, der die Gesetze des Staates überschreitet, erfreut sich eines gleichen Wohlwollens! Anstatt die ganze Bande vor Gericht zu stellen, wurde gegen sie das Disziplinarverfahren eingeleitet und man begnügte sich damit, den Legationssekretär Dr. Rischmann in den dauernden Ruhestand (!!) zu versetzen, der Gesandtschaftsbeamtin Eliáš wurde die Vorrückung im Amte eingestellt (!!), der Beamte Ruzička und der Diener Ruzička wurden entlassen und nur Novak wurde — doch eigentlich nur durch die „Ungeschicklichkeit“ Berglers — zu 18 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Bergler verbrachte seinen Urlaub in Amerika, wo er sich vor allem vom Ministerium einen Reisevorschuß in der Höhe von 5517 Dollar auszahlen

ließ, unter der Bedingung, daß seine Familie sich dauernd in der Tschechoslowakei niederlasse, eine Verpflichtung, die Bergler nicht erfüllte.

Nun geriet, wie der Interpellationsbeantwortung zu entnehmen ist, das Außenministerium in einen argen Gewissenskonflikt. Sollte es gegen Bergler disziplinar einschreiten, wie gegen die anderen schuldigen Beamten, oder sollte es zur Austragung der Angelegenheit einen anderen Weg wählen. Bergler gerichtlich zu verfolgen, fiel dem Ministerium überhaupt nicht ein! Und nun heißt es wörtlich in der Antwort des Ministers: „Mit Rücksicht auf die hohe Stellung Berglers und seine politische Tätigkeit sowie seine Teilnahme an der Befreiungsaktion in der Zeit des Krieges entschied sich das Ministerium für das Vorgehen nach § 80 der Dienstpragmatik, wonach die Zentralbehörde aus eigener Machtvollkommenheit einen Beamten, der dauernd seine Unfähigkeit erweist, in den Ruhestand versetzen kann.“ Das Ministerium hegte die Absicht, Bergler die Resignation nahelegen und „alles gewissermaßen im Guten, auf friedlichem Wege“ zu ordnen. Also wieder die „Benevolenz“, das Wohlwollen! Voraus klar hervorgeht, daß es zweierlei Recht gibt: eines für die gewöhnlichen Staatsbürger, ein anderes für jene, die sich „politische und nationale Verdienste“ erworben haben. Bis jetzt wurde das — wenigstens nicht gewissermaßen amtlich — noch nie so offen zugegeben.

Aber damit hatte die Affäre noch lange nicht ihr Ende erreicht, denn Bergler wußte

das ihm, dem nationalen Helden, entgegengebrachte „Wohlwollen“, gründlich auszunützen. Ende September 1921 ließ er sich herab, der an ihn am 2. August ergangenen Aufforderung, zur Auseinandersetzung über seine Angelegenheit nach Prag zu kommen, zu folgen. Der Außenminister verlangte hier von ihm, daß er resigniere, doch Bergler hat und drohte. Er wollte, daß man ihm noch zwei bis drei Jahre den vollen Gehalt als Gesandten zahle, er drohte, wenn dies nicht geschehe, daß er den ganzen Vorfall der Öffentlichkeit übergeben, daß er als — Abgeordneter kandidieren und die Sache zu einer politischen Affäre machen werde. Ehe es gelang, Bergler zur Resignation zu bewegen, verging wirklich noch mehr als ein ganzes Jahr. Da Dr. Beneš vor seinen Drohungen nicht zurückwich, willigte Bergler mündlich in die Resignation ein, doch schriftlich wollte er dies erst nach seiner Rückkehr nach Amerika tun. Er verlangte, daß er nach Amerika noch als Gesandter zurückkehren dürfe, welchem Wunsch der Minister wieder „mit Rücksicht auf die revolutionäre Tätigkeit Berglers“ die Erfüllung zusagte, doch Bergler verblieb weiter in Prag, nahm seine mündliche Resignationserklärung zurück. Am 15. Mai 1922 wurde ihm ein Reisevorschuß von 1500 Dollar gewährt, nachdem er doch wieder zugesagt hatte, von Amerika aus seine Resignation zu überreichen, doch ließ er sich noch fünf Monate trotz seines Ehrenwortes hiezu Zeit. Während dieser ganzen Zeit, also bis zum Oktober 1922, erhielt er den vollen Gehalt als Gesandter und schwindelte, nach Amerika zurückgekehrt, dem Washingtoner tschechoslowakischen Gesandten unter falschen Vorwänden einen Betrag von 3000 Dollar heraus. Das Ministerium zeigte sich auch da wieder „benevolent“: es genehmigte nachträglich nicht nur diesen Betrag, es stich auch alle von Bergler in der Zeit seiner Gesandtschaft in Tokio von ihm „beholdenen“ Beträge! Seinen Lumpereien fügte er noch die hinzu, daß er in Amerika gegen das Außenministerium mehrere Erpressungsversuche unternahm, indem er gegen dasselbe in amerikanischen Zeitungen scharfe Artikel schrieb, mit welcher Tätigkeit er aufzuhören versprach, wenn ihm das Ministerium „entgegenkommen“ würde. Das Ministerium aber blieb dem gewissenlosen Menschen, Abenteuerer, Defraudanten, Betrüger und Erpresser gegenüber — wohlwollend! Diesem Wohlwollen hat es die Bevölkerung der Republik zu danken, daß sie Bergler bis zu seinem Lebensende eine fette Pension zahlen darf! Statt des Kriminalls ein lebenslänglicher Ruhegenuß! Die „revolutionäre Tätigkeit“ Berglers hat sich für ihn wahrhaftig gelohnt.

Von den zahlreichen Lehren, welche sich aus der Sache ergeben, ist jene nicht die letzte, die sich aus der Betrachtung ergibt, was geschehen wäre, wenn sich der Fall zur Zeit der Geltung des Gesetzes zum Schutze der Republik ereignet hätte. Wessen Sinn nicht von einem irreführenden „Patriotismus“ umnebelt ist, muß erkennen, daß die Wiederholung solcher Vorfälle nur durch ihre rückwärtslose Aufdeckung verhindert werden kann. Wehe aber der Zeitung, die es unter der Herrschaft des Schutzgesetzes gewagt hätte, Licht in diese Sache zu bringen und zu versuchen, diesen Lugiasstall zu reinigen! Ihr Redakteur wäre, auch wenn ihn die beste Absicht geleitet hätte, wegen Verletzung eines Staatsgeheimnisses auf Jahre in den Kerker gewandert, indessen der schuldige Gesandte vom Staate lebenslänglich gut versorgt bliebe. Schon dieser eine Fall zeigt den Wahnsinn des Gesetzes.

Alles in allem ist der Fall Bergler ein Skandal, wie er in Europa kaum jemals da war. Die Patrioten werden vergeblich versuchen, Bergler nun von den Rockschößen abzuschütteln. Bergler war nur möglich in der Atmosphäre, wie sie der überhitze Nationalismus hier zeitigte. Sein Fall bedeutet das Urteil über das System, welches das politische und nationale Leben seit dem Umsturz in den Fängen hält.

Sowjetrußland und die Ruhrbesetzung.

Von Dr. Elias Huswiler.

Als die Franzosen in das Ruhrgebiet einmarschierten richteten sich die Augen vieler in Deutschland nach dem Osten, auf Rußland. Zum Teil war es freilich nicht nur eine Reflexbewegung, sondern, bei gewissen Kreisen die Aktualisierung jener Stimmung, die, unter dem Namen Nationalsozialismus bekannt, etwa seit dem Versailler Frieden diese Kreise mehr oder weniger latent beherrscht. Der Kriegsminister des Deutschen Reiches, Geyser, hielt es nicht für überflüssig, dieser Stimmung in seiner jüngsten Reichstagsrede entgegenzutreten; und der Altscheidler der deutschen Sozialdemokratie, Karl Kautsk, fuhr ein schweres Geschütz von Argumenten auf, sich auf den Zustand der russischen Eisenbahn, der Landwirtschaft, ja des Schulwesens beziehend, um die Unwertigkeit Sowjetrußlands als Bundesgenossen darzutun.

Es muß allerdings zugegeben werden, daß die Hoffnungen der erwähnten deutschen Kreise sich auch auf eine Reihe von Kundgebungen russischerseits stützten. Am 13. Jänner richtete der Präsident der Sowjetrepublik, Kollin, einen Protest „An Alle“ gegen die Ruhrbesetzung; diesem Protest folgte bald eine Resolution des Moskauer Sowjets gegen die Ruhrinvasion; während dreier Tage, am 15., 16. und 17. Jänner, fand jerner in Moskau eine Reihe von Demonstrationen der Arbeiterschaft statt, wobei Losungen ertönten, wie die: „Röhen die Arbeiterlosen Deutschlands und der ganzen Welt wissen, daß wir bereit sind, ihnen zu Hilfe zu kommen.“ Die Sowjetpresse ist voll von Nachrichten über das Ruhrgebiet. Die Artikel tragen die Überschriften: „Wir sind auf der Hut,“ „Wir müssen bereit sein!“ u. dgl. m. Ja auch in der Provinz, selbst auf dem flachen Lande werden, im Auftrage der Regierung, Versammlungen zur Aufklärung der Wäldchen über die derzeitige politische Lage Europas abgehalten, unter der Losung „Krieg dem Kriege“, „Krieg den Friedensstörern.“ Und schließlich hat doch kein anderer als Trotski neuerdings erklärt, der Zustand Europas sei von einem Dauerfrieden noch weit entfernt, im Gegenteil, die Zwischenräume zwischen den Kriegen werden immer kürzer, bei der gegenwärtigen Lage könne, ja müsse Rußland ein Krieg aufgedrängt werden und die russische Armee müsse infolgedessen kriegsbereit sein.

Was bedeuten nun all diese Erscheinungen? Bedeuten sie wirklich, daß Sowjetrußland mobilisiert, um Deutschland zu Hilfe zu kommen? Wir glauben, daß eine nähere Betrachtung der Dinge zu einem anderen Ergebnis führt. Kennzeichnend für diese unsere Ansicht erscheinen uns vor allem verschiedene Auslassungen der verantwortlichen Leiter der Sowjetpolitik selbst. Auf dem vierten Kongresse der russischen Pressearbeiter hielt namentlich der bekanntlich sehr links stehende und offene Bucharin eine Rede über die Situation Europas im Hinblick auf Sowjetrußland. „Vor der Ruhrbesetzung“, führte Bucharin aus, „sahen wir eine teilweise Besetzung der kapitalistischen Wirtschaft Europas; es schien, als würde der kapitalistische Karren aus dem Sumpfe heraufkommen, in den er nach dem imperialistischen Kriege geraten war. Die Ruhrereignisse griffen nun in diesen hinfälligen Zustand mit einer ungeheuren Kraft ein und wirkten vor allem auf die deutsche Volkswirtschaft ein. Das Sinken des realen Arbeitslohnes führt zu bestimmten sozialen Veränderungen. Aber auch für den französischen Kavaliismus ist das Abenteuer, das er unternommen, gefährlich. Wie dem auch sei, weitere Kräfte nehmen relativ zu, die Kräfte unserer Gegner aber ab.“ — Die Position eines „terlius gaudens“

(stehenden Dritten) kann, scheint mir, nicht fäher gekennzeichnet werden als durch diese Worte Bucharins. Der Einfall in das Ruhrgebiet ist für ihn nicht ein beklagenswertes Ereignis, sondern geradezu der Quell einer Freude. Ebenso unzweifelhaft ist die Auslösung Kautsk's anlässlich des neuerdings gefassten Beschlusses in Rußland eine Sammlung von einer halben Millionen Rubel-Kopien für die deutschen Ruhrarbeiter zu veranstalten und das Weltproletariat aufzufordern, diesem Beispiel zu folgen. Anlässlich dieses Beschlusses erinnert Kautsk an den Teufel des Kaiserreiches im Jahre 1918, zum Vorteil der Untertanen der deutschen Revolution einen Getreidehof und Leben zu ruhen, was aber bis als von Deutschland abgelehnt worden ist. „Die deutschen Arbeiter retten“, laßt Kautsk, „sich aber die russischen Arbeiter nicht; das kann nur das deutsche Proletariat selbst.“

In voller Übereinstimmung damit befindet sich, was der Ruhr-Korrespondent der Berliner demokratischen russischen Zeitung „Dni“ über die Stimmung der deutschen Kommunisten im Ruhrgebiet berichtet. Diese Kreise erwarteten bestimmt eine Hilfe aus Moskau anlässlich der Besetzung und sehen sich jetzt bitter enttäuscht. In Duisburg hat man sogar die russischen Bolschewiki stark beschimpft, die mit den deutschen Ministern und der Polizei Freundschaft hielten, dem revolutionären Proletariat aber den Rücken zulehnten. Diese Enttäuschung ist um so bitterer, als die eigenen Kräfte der deutschen Kommunisten im Ruhrgebiet sehr wenig beträchtlich sind. Im Dortmund der Kreise, der als der rötteste gilt, zählt man gegenwärtig 3—4000 Kommunisten, in Essen noch weniger, in Duisburg aber ist die kommunistische Organisation bereits seit einem halben Jahre infolge Geld- und Menschenmangels zerfallen. Die beiden kommunistischen Propaganda, das „Ruhr-Cap“ und die „Wirtschaftliche Arbeiterzeitung“ haben nur eine Auflage von 1000—1500. Und trotzdem jeder Mann jetzt im Ruhrgebiete Anrufe schreibt, gelang es dem erwähnten Korrespondenten mit großer Mühe, nur zwei dürftige kommunistische Anrufe aufzutreiben.

Warum also der ganze Kriegslärm in Sowjet-Rußland? Zweifellos betrachtet man dort das europäische Gleichgewicht noch mehr als erschüttert, denn es in Wirklichkeit ist. Würde nun aber diese Erschütterung zu einer sozialen Revolution in Europa führen, so würde man sich russischerseits in voller Bereitschaft anschließen — den ersten Schritt selber machen wird man aber nicht. Unterdessen aber sucht man eben seine Bereitschaft der ganzen Welt zu demonstrieren und daraus Nutzen für die kommunistische Internationale zu ziehen. Gewiss, außer diesem Grund gibt noch einen andern, der in den Auslassungen der Leiter der Sowjetpolitik und ihrer Helfershelfer stets wiederkehrt: man glaubt Polen, in seiner Angst vor einer russisch-deutschen Allianz, alarmbereit und will daher selber alarmbereit sein.

Die besagte Angst hatte übrigens neuerdings einen unwertbaren Einfluß auf die Haltung Poincaré's gegenüber Sowjet-Rußland. Poincaré, der noch unlängst die russische Politik blond Georges in Genoa und Haag bekämpfte, sucht jetzt Frühling mit Rußland, offenbar, um das Gespenst der deutsch-russischen Allianz zu verdrängen. In Polen selbst hat diese Schwankung ein Befremden hervorgerufen, ja Angst, daß es bald mit der französisch-polnischen Freundschaft zu Ende sein würde. Doch es gibt noch andere Stimmen (so z. B. in der bedeutenden polnischen Zeitung „Rzeczpospolita“), die diese Schwankung begrüßen, da, wenn es Frankreich gelingen würde, Rußland von Deutschland abwendig zu machen, dadurch die Lage des zwischen diesen beiden Staaten eingeklemmten Polen nur erleichtert würde. Bordenhand handelt es sich freilich auch hierbei nur um Stimmungen und Kombinationen, denen eine politische Aktualität abgeht.

Inland.

Die gekränkten Deutschnationalen. Nicht ohne Wehmut legten wir in den letzten Wochen das Blatt des Abg. Schollisch zur Seite, das uns doch seit der kurzen Zeit seines Bestandes sonst so viel Freude bereitet. Man kommt gar nicht mehr so recht zum Lachen, wenn man liest, welche schweren Kämpfen die Deutschnationalen Schlesiens und des Ruhrlandes in der jüngsten Zeit durch den Bund der Landwirte ausgesetzt waren. Der „Volkswort“ ist empört darüber, daß es die Bündler wagten, in fremdes Gebiet „einzufallen“ und sucht nachträglich unter Aufbietung seines gesamten Schimpfrepertoirs — „Verleumdung“, „aufgelegte Lügen“, „jüdische Drehs“ werden den gut christlichen und deutschen Agrariern ununterbrochen vorgeworfen — den „Sturm“ abzuwehren. Rittmeister a. D. Dr. Schollisch spricht nämlich nur in militärischen Bildern: „Soweit wir das Schicksal überblicken“, schreibt er, ist „der Einbruch nirgends gelungen“. Also haben sich die Bündler eine schmachvolle Niederlage geholt. Sollte man meinen, Schollisch selber aber lehrt uns im selben Schlachtenbericht eines Besseren, indem er ein wenig gekränkt, sonst aber natürlich stolz feststellt, daß es seiner Partei „vollkommen gleichgültig ist, ob sie ein oder zwei Mandate mehr oder weniger hat.“ Fürwahr, das ist Edelmut, jeder Zoll ein König — auch wenn es diesmal zwei Mandate weniger sind. Zum Schluß aber bittet er die Bündler recht innig, doch endlich Schluß mit dem Streit zu machen. Es muß den Deutschnationalen bei dieser ihnen aufgezwungenen Kampagne sehr schlecht ergangen sein und die Partei der Landwirte laßt sich ins Häufchen. Uns aber schert es wenig, welche deutschbürgerliche Partei sich im Kampf um die „deutsche Einheit“ ein paar Mandate mehr ergattert.

Rückwärtslose, unbedingte Schulschließungen. In Swarow bei Tannwald besteht seit vielen Jahren eine zweiklassige deutsche Schule. Der Landeshauptmann hob die zweite Klasse auf, jedoch nur 57 Schüler aller 8 Jahrgänge) in eine Klasse zusammengepreßt werden sollen. Nun erklärte sich — nach einem Berichte der „Reichenberger Zeitung“ — die Firma Viebig bereit, die zur Fortführung der zweiten Klasse erforderlichen Mittel aus Eigenem zu tragen. Daraufhin erschien ein Erlass des Gabelberger Bezirksrates, aus dem hervorgeht, daß man in Prag auf der unbedingten Schließung der zweiten Klasse besteht. Wenn dies auf Wahrheit beruht, wären wir begierig zu erfahren, was der Herr Schulminister Behnke zu dieser Drohung zu sagen hat, die von den staatlichen Stellen selber als „unbedingt“ bezeichnet wird und die sich sogar auf private Hilfe ausdehnt. Es handelt sich hier um Arbeiterkinder, denen ein geüblicher Unterricht ohne jede Rücksicht entzogen wird.

Das Sprachchaos in der öffentlichen Verwaltung. Das Stadtmagistrat Turu zeigte der politischen Bezirksverwaltung in Tepitz-Schönow in einem deutschen Berichte die Aufnahme eines Landsturms- oder Stellungsplättchens in den Heimatverband der Gemeinde Turu vorschrittlich möglich an. Die politische Bezirksverwaltung Tepitz gab den Akt an die politische Bezirksverwaltung in Smichow weiter, die ihn der Gemeinde Dejwitz als der bisherigen Heimatgemeinde zur

Kenntnis, Durchführung der Lösung und Rückgabe mitteilte. Die Kanzlei der Stadt Prag in Dejwitz fandte ihn jedoch mit folgendem tschechischen Besatze an das Stadtmagistrat Turu zurück: „zpet spoukazem na jazykovy zakon z r. 1920.“ (unter Hinweis auf das Sprachengesetz vom Jahre 1920 zurück). Die Folge wird nun sein, daß der betreffende Landsturm- oder Stellungsplättchen sowohl in Turu als auch in Dejwitz in Evidenz geführt werden wird. Welche Scherereien ihm daraus in Zukunft entstehen werden, läßt sich leicht vorstellen. Er wird außer in der Tepitzer auch in der Prager Stellungsliste verzeichnet und von Prag aus, da er sich ja in Tepitz stellen wird, als Stellungsflüchtling verfolgt werden. Ein großer Akt wird anzuwachen, ehe der Fall geklärt sein wird. Man sagt, die Sprache sei ein Verständigungsmittel. Im vorliegenden Falle ist sie jedenfalls ein Mittel, um Mißverständnisse und Unannehmlichkeiten herbeizuführen. Selbstverständlich ist die Berufung der Kanzlei in Dejwitz auf das Sprachengesetz in diesem Falle nicht ernst zu nehmen.

Zum Rücktritt des Rektors Steinhilber. Gestern vormittags erschien Rektor Steinhilber beim Schulminister Behnke und erkundigte sich nach dem Stande seines Entbehrgeschäftes. Der Minister erklärte beizubehalten, auf dem von Anfang an eingenommenen Standpunkt verharren zu müssen. In der am Abend stattgefundenen Sitzung des akademischen Senates erstattete Rektor Steinhilber Bericht über die Anträge. Anschließend entwarf sich eine längere Erörterung, eine Beschlußfassung wurde einem späteren Zeitpunkt vorbehalten.

Die Schlaner Sozialisten für Dr. Verbenstky. Aus Schlan meldet das „Rube Bravo“: Am Dienstag hat hier eine zahlreich besuchte Konferenz der Vertrauensleute der tschechisch-sozialistischen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen stattgefunden. Es fanden sich auch die Abgeordneten Slawicek und Verbenstky ein, zwischen denen es zu einem heftigen Wortwechsel kam. Verbenstky's Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen, während die Worte Slawicek's kühl angehört wurden. Als die Konferenz um zwei Uhr nachts beendet war, erklärte der älteste Vertrauensmann dem Abgeordneten Slawicek, daß sich der Schlaner Bezirk hinter die ausgeschlossene Linke der tschechischen Sozialisten stelle.

Die Ostschlesische Grenzbestimmungskommission hat die Gemeinde Pischek (Pst) der Tschechoslowakischen Republik zugesprochen. Dafür nahm sie eine kleine Korrektur im Kataster Schillersdorf vor, wo die Kolonie Rakowitz aus Kommunikationsrücksichten Deutschland zugehört wurde. Die Übernahme der Gemeinde Saatka und Bischek wird durchgeführt werden, sobald es die tschechoslowakische Regierung bestimmt.

Die Vorlage über die Aufhebung der Fideikommission in der Frühjahrsession? Der Ministerrat wird in Kürze über eine Vorlage betreffend die Aufhebung der Fideikommission entscheiden. Die in der interministeriellen Kommission erzielte Einigung geht von folgenden Grundsätzen aus: die Fideikommission werden aufgehoben und es wird einer Vereinbarung des bisherigen Besitzers mit den künftigen überlassen, auf welche Art die Frage der Freimachung des Fideikommissionellen Besitzes geregelt wird. Wenn es binnen sechs Wochen nach Verwirklichung dieses Beschlusses zu einer Einigung mit den zukünftigen Besitzern nicht kommt, gelangt das Fideikommission in das Besitzum seines letzten Inhabers. Die Verhandlungen hierüber sind Sache der Bezirksgerichte. Die Gesetze über die Bodenreform werden durch die Vorlage, die noch in der Frühjahrsession behandelt werden soll, nicht berührt werden.

Johann Christian Günther.

(Zu seinem 200. Todestage).

Jede Gesellschaftsform findet in der früheren, in deren Schoß sie sich entwickelt, ihre Vorbereitung. Wenn nun diese Entwicklung soweit gediehen ist, daß die Produktivkräfte sich innerhalb der alten Gesellschaft nicht bewegen können, sprengen sie diese und die bis dahin auf fremdem Geleise vor sich gegangene Entwicklung fährt jetzt auf eigenem. Es erfolgt der Umschlag von der Quantität in die Qualität, d. h. die in der Gesellschaft wirkenden Kräfte schaffen sich ihre, ihnen immanente Form der neuen Gesellschaft.

J. Chr. Günther ist ein glänzendes literarisches Beispiel für diese marxistische ökonomische Theorie. Die Elemente der neuen Gesellschaft sind eben nicht nur in den wachsenden Produktionsformen und sozialen Differenzierungen der alten Gesellschaft wahrzunehmen, sondern sie erfassen auch das ganze geistige und künstlerische Leben. In allen künstlerischen und wissenschaftlichen Bestrebungen ertönt leise der neue Geist, der Geist von morgen, der sich aber noch nicht befreien kann von den Hemmnissen herrschender Ideologien, der, eingeklemmt, zwischen der noch existierenden alten und der im Werden begriffenen neuen Gesellschaft, an dieser Zwischenstellung zugrunde geht und immer wieder von neuem auferstehen muß, bis es ihm schließlich gelingt, mit der Überwindung der alten Gesellschaft sich in die neue herüberzusetzen als adäquaten geistigen Ausdruck ihrer Wirtschaftsform, mit der er sich zugleich entwickelt hat.

Günther ist der zu früh geborene Sohn einer neuen Zeit und ist deshalb zugrunde gegangen. Er gehörte der erst im Entstehen begriffenen

Bourgeoisie seiner Anlage nach an, infolge seiner Geburt mußte er aber in der erstarrten Zeit des Feudalismus leben.

Er wurde 1695 (zu Striegau in Schlesien) geboren, in der Zeit des verfallenden Feudalismus. Die gebundene Wirtschaft des Feudalismus produzierte eine strenge normative Moral und hatte ein typisches, konventionelles Gesellschaftsleben, das sowohl persönlich als kollektiv war, zur Folge, das sich in der Dichtkunst als nüchternes, handwerkermäßig gefertigtes Verfemachen ohne jeden persönlichen Gehalt äußert.

In diese Zeit war Günther durch seine Geburt gestellt. Er war nicht der erste, dessen sich die neue Gesellschaft des Kapitalismus zu ihrem Baue bediente. Doch Fleming, Kaspar, Stieler und wieviel tausend Namenlose, deren Wirken sich unserer Kenntnis entzieht, waren bereits geistige Vorstöße des wirtschaftlichen Wachstums der in der alten wirkenden neuen Gesellschaft. Aber Günther ist der entscheidendste und rückwärtsloseste, von den Dichtern der stärkste und sinnreichste. Gegenüber der starren Gebundenheit des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens seiner Zeit war ihm das individuelle Erlebnis die Hauptsache, die Stimmung des einzelnen Menschen und seine Gefühle Antrieb zur Dichtung und ihr Gegenstand, Subjekt und Objekt zugleich. Er ist der früheste Vertreter des für den Kapitalismus charakteristischen Individualismus, da durch jene die wirtschaftliche und soziale Freiheit, nicht Gleichheit, der Menschen. Ihr freies Verfügungsrecht über sich und ihren Besitz, das in Krisen zur Anarchie aufrückt, gesichert wurde. Der Kapitalismus ruht auf der Wirtschaft des Einzelnen.

Günther fand natürlich die alten Kunstformen und Mittel vor, von denen er sich natürlich nie ganz befreien konnte. Entweder goß er in die alten Formen neuen Inhalt, oder, was meistens der Fall war, warf er überhaupt die er-

starrte Technik, und seine individuelle Stimmung schuf sich ihre eigene Form und ihren eigenen Stil. Deshalb sind seine Gedichte, gegenüber der inneren Unwahrscheinlichkeit der übrigen Dichter vor und zu seiner Zeit, voll Leben und Wärme, von tiefer Empfindung durchschaubar, von Leidenschaft erfüllt. Er half mit, eine neue, aus dem lebendigen Gefühl geborene Sprache zu schaffen, die geschmeidig und fein genug wäre, alle seelischen Vorgänge des Dichters gehörig auszudrücken. In Goethe hat diese Entwicklung ihren Höhepunkt erreicht, in Günther ihren hoffnungsvollen Anfang genommen. Aber er wäre kein großer Dichter, kein Sendbote einer neuen Zeit gewesen, wenn seine Gegnerschaft gegen seine Zeit sich nicht auch in seinem Leben ausdrücken würde.

Günther, der seelisch und künstlerisch einer neuen, entstehenden Zeit angehörte, war nirgendwo in der seinen beheimatet. Er litt an ihr, ohne den Anschluß an die neue gefunden zu haben. Ruhelos, abenteuerlich irrte er umher, ein Heimatloser, zwischen zwei Welten getrieben, von denen er zerrieben wurde, empfand er die Qual und hatte das Gefühl eines künftigen Heils, sei es in einer neuen Gesellschaft, die er erstehen sah, oder im Jenseits, von dem er, am Ende seiner Kraft und dem Tode nahe, von aller Not des Lebens quaderwollte Erlösung erhoffte.

In bitterster Armut wuchs er auf. Sein Vater wollte daher, daß er einen sorgenfreien Beruf ergreife; aber das konnte er nicht, freier, unabhängiger Dichter wollte er sein, Herr seiner selbst, und sei es in Elend und Not. Der alten Gesellschaft, die jedem, der sich ihr fügte, seine Persönlichkeit raubte, konnte er sich nicht unterordnen. So mußte er hungern und darben, und mit ihr kämpfen bis er ihr schließlich erlag. Durch Gelegenheitsgedichte und Bettelrei, die ihm Zeit und Kraft zur eigentlichen Dichtung raubten, ver-

diente er sich sein Brot. Gerade so verfährt die Gesellschaft mit jenen, die aufrecht, sich von ihr nicht knebeln lassen wollen. Nie konnte er häuslich werden, nie Ich und Welt sich verbinden. Der Vater sagte sich von ihm, empört über des Sohnes „lasterhaftes“ und „unpraktisches“ Leben, los und später versuchte er ihn. Dieser harte, unerbittliche Mann, der allen Beschwörungen und Bitten des Sohnes gegenüber taub blieb, ist der typische Vertreter der konventionellen Moral seiner Zeit, die jedes Auspringen aus ihr mit den schwersten Strafen belegte. So prallten in Vater und Sohn zwei Kulturen aufeinander: der absterbende und daher äußerst aggressive Feudalismus und das noch unreife, aber lebensfrohe Zeitalter der Bourgeoisie. Die Geliebte war ihm untreu geworden, und als er sie doch gewann, war er zu arm, sie zu heiraten. Eine andere Verlobung wurde aufgelöst, weil sein „fittlicher Wandel“ kein Vertrauen einflößte, die Freunde und Gönner wandten sich allmählich ab von ihm, als ihre Hoffnung keine Finken trug. Alle Versuche, in eine sichere Existenz einzugehen, scheiterten an dem Trost, mit dem es sich den Titten und Forderungen der Zeit entgegenstellte und unmöglich machte. So kam es, daß er schließlich das Vaterland, in dem er keine Ruhestätte fand, verließ, um die Heimat in der Fremde zu suchen. Er sagt selbst, was er von seinem Vaterland hatte: „Verfolgung, Schande, Neid und Zanfen, und Freunde die kein Flehen gewinnen! Ja müßt ich heute bei den Drachen gefährliche Gesellschaft machen, Sie wären gütiger gesinnt.“ Jörnig und fittlich empört klagt er es an seiner Grenze stehend an, wirft er dem Jahrhundert alle Lasten und Gebrechen vor. Nie hatte noch ein Dichter so mit seiner Zeit und seinem Vaterlande abgerechnet wie hier. Das konnte nur ein Dichter tun, der sich auch innerlich von seiner Zeit und seinem Lande befreit hatte, das nicht das seine

Ausland.

Lloyd George gegen die Arbeiterpartei. Bei einem Frühstück national-liberaler Unterhausmitglieder hielt Lloyd George eine Rede, in der er nachdrücklich die Notwendigkeit einer Wiedereinigung der Liberalen betonte; ohne eine solche würde die Partei gelähmt sein. Es habe in der letzten Zeit keine Regierung gegeben, die so schnell und so vollständig ihr Prestige verloren habe, wie die jetzige. Wenn die Liberalen sich nicht wieder vereinigen, so würden sie denselben Weg gehen. Die Politik der Regierung habe die revolutionären Elemente gestärkt. Die Liberalen seien keine Feinde der Arbeiterpartei, sondern hätten nur beschlossenen, die revolutionären Elemente innerhalb der Arbeiterschaft zu bekämpfen. Bezüglich der gegenwärtigen Lage auf dem Festlande, sagte Lloyd George, ihre Fortdauer würde Europa unvermeidlich ins Unglück stürzen.

Kommunistenverfolgungen in Belgien. Aus Brüssel wird uns geschrieben: Die Regierung hat zu einem großen Schloß gegen die kommunistische Partei ausgeschickt: Sie hat am Donnerstag nicht nur in Brüssel, sondern in den verschiedensten Städten des Landes die kommunistischen Führer verhaften und nach Brüssel bringen lassen. Von den 40 bis 50 Festgenommenen sind nach der Vernehmung durch den Untersuchungsrichter insgesamt 18 Kommunisten endgültig verhaftet worden. Doch geht die Verhaftung weiterer Kommunisten durch den Untersuchungsrichter fort. Außer den Verhaftungen sind auch zahlreiche Beschlagnahmen vorgenommen worden. Ueber den Grund für dieses Vorgehen gegen die kommunistische Partei schweigt man sich noch aus. Noch allem, was man hört, sollen der Führer der Brüsseler Kommunisten, Jacquemotte, und die übrigen Verhafteten angeklagt werden, wegen eines Komplotts gegen die Sicherheit des Staates. Man will Dokumente gefunden haben, aus denen hervorgehen soll, daß die belgischen Kommunisten Geld von der kommunistischen Partei in Berlin bekommen hätten. Weniger wahrscheinlich erscheint das andere Gerücht, daß militärische Nachrichten von Kommunisten ins Ausland geschickt worden seien sollen. Vielmehr scheint festzustehen, daß die Staatsaktion der Regierung sich stützt auf die Artikel des Strafgesetzbuches, die von einem Anschlag auf die Staatsform handeln. Allgemein hat man das Gefühl, daß das Vorgehen der Regierung einem Schlag ins Wasser gleichkommt, daß die ganze Aktion lediglich geeignet ist, der kommunistischen Partei, deren Bedeutungslosigkeit in Belgien klar auf der Hand liegt, eine Bedeutung zu verleihen, die sie weder nach der lächerlich geringen Zahl ihrer Anhänger, noch der politischen Wirkung noch verdient.

Aus dem irischen Exzentriker. „Daily Sketch“ erfährt von einer in der irischen republikanischen Organisation vorbereiteten Verschwörung, welche den Zweck haben sollte, einige britische Staatsmänner, vor allem Bonar Law und Lloyd George zu ermorden. — Reuter berichtet aus Dublin vom 13. März: Heute wurden in Irland wieder Hinrichtungen vorgenommen. Eine Anzahl irischer Extremisten konnte sich in London der Verhaftung entziehen. Man glaubt, daß sie nach Irland geflüchtet sind. Die Freistaatsstruppen haben in dem Bureau einer Dampfschiffahrtsunternehmung in Cork vier Rettungsringe entdeckt, in denen ansatzlos 2000 Revolverpatronen steckten.

Das Begräbnis der Ermordeten von Buer.

Buer, 15. März. (Sch. B.) Gestern früh fand das Begräbnis der beiden von den Deutschen ermordeten französischen Offiziere statt, nämlich des Leutnants Colpia und des technischen Beamten Joly. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

war. Denn seines lag noch fern in der Zukunft, er aber erkaute es ahnend. Er selbst sagt, nachdem er dem „teuren Vaterlande“ dessen Verbrechen aufgezählt hat: „Ich fürcht', ich fürcht', es blüht von Westen, und Norden droht schon über Dich, Du pfüßst vielleicht nur fremden Gästen, Ich wünsch' es nicht. Gedenk' an mich!“ Nur weil er seinen Blick aus seiner Zeit, in der er gegen seinen Willen lebte, in die Zukunft wandte, der er sich verbunden fühlte, konnte er den Sturz der alten Gesellschaft vorhersehen. So wurde er wirklich Verkünder einer neuen Zeit, ein neuer Moses, oben am Berge stehend, blickte er ins neue Land, nachdem er, obwohl es nicht gelobt war, verlangte, das zu erleben was aber sein Schicksal ihm nicht gestattete.

Immer wieder ruft er in seinen Gedichten nach Freiheit, immer wendet er den Blick dem Osten zu, der Zukunft, deren unzeitgemäßer Bürger er war. Scharf geistelt er alle Willkür der Kämter und der Reichen, die wirtschaftlichen, sozialen, religiösen und geistigen Fehler der Zeit. Energiisch rechnet er mit ihr ab.

Gewiß war er leichtsinnig veranlagt. Aber da er sich der Widerstände, die sich ihm von allen Seiten entgegenstellten, nicht erweichen konnte, verlor er in Hunger, Not und in scheinbarer moralischer Wertlosigkeit. Seine Moral war nicht die seiner Zeit; alle guten und edlen Ideen, zur unredlichen Zeit ins Leben gesetzt, bringen Schaden und das Gegenteil ihrer Bestrebungen. Durch die Ungunst der Zeit und seine Rücksichtslosigkeit konnte er menschlich und dichterisch nicht reifen. Unter den großen neueren deutschen Dichtern ist er einer der ersten. Wir beklagen in ihm eine edle Blüte am Wege des deutschen Geisteslebens, der es leider nicht vergönnt war, sich zur herrlichen Blume zu entfalten.

Emil Böwly.

Der Lohnkampf der Ostrauer Bergarbeiter.

Revierkonferenz in Lagy. — Vorläufig keine Verschärfung des Streiks.

Mährisch Ostrau, 15. März. Heute vormittags fand in Lagy eine Bergarbeiter-Revierkonferenz unter Teilnahme von ungefähr 400 Mitgliedern der Betriebsräte und Gruppenvorstände statt. Sekretär Vrda referierte über die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen, verlas die Vorschläge des Bergarbeitersekretariates und die Antwort der Unternehmer und empfahl, daß mit Rücksicht auf die morgigen Verhandlungen im Ministerium für öffentliche Arbeiten und die samstägige Reichskonferenz der koalitierten Bergarbeiterverbände vorläufig von einer Verschärfung des Streiks Abstand genommen werde. Er beantragte, daß die für Sonntag einberufene Revierkonferenz nach den Ergebnissen der Prager Verhandlungen Beschlüsse fasse. Nach ruhiger und sachlicher Debatte wurde dieser Vorschlag angenommen. Der Streik dauert unvermindert fort. Im Revier herrscht Ruhe.

Ruhrbesetzung und Reparationen.

Der Kampf gegen die Eisenbahner im Ruhrgebiet.

Berlin, 15. März. (Wolff.) In der Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages sprach Reichsverkehrsminister Gröner den deutschen Eisenbahnern im besetzten Gebiete für ihre Haltung im Abwehrkampf den Dank der Reichsregierung aus. Er teilte weiter mit, daß bis nun 142 Eisenbahner verhaftet, 73 ausgewiesen und 52 aufs schwerste mißhandelt worden sind, ungezählt diejenigen, die aus ihren Wohnungen vertrieben worden sind. Die Reichsregierung habe für alle diese pflichttreuen Deutschen die sorgfältigsten Fürsorgemaßnahmen ergriffen. Der Reichsverkehrsminister rechnete hierbei mit der wertvollen Mitarbeit der Gewerkschaften.

Die englische Arbeiterpartei und die Reparationen.

London, 15. März. (Sch. B.) Im Unterhause fragte der Arbeitervertreter Buxton den Premierminister, ob seine Aufmerksamkeit auf die Note des französischen Außenministeriums gelenkt worden sei, datiert vom 8. März, derzufolge der deutsche Botschafter in Paris zurzeit der Pariser Konferenz am 2. Jänner erklärte, daß er Anweisung erhalten habe, Poincaré in offizieller Form mitzuteilen, daß seine Regierung einen Plan zur Regelung der Reparationsfrage aufgestellt habe. Bonar Law erwiderte, es sei ihm nicht klar, auf welche Note des französischen Außenministeriums Buxton Bezug nehme. Die britische Regierung habe alle Einzelheiten über die Pariser Konferenz veröffentlicht. Buxton fragte weiter, ob die Regierung die Möglichkeit erwäge, das Angebot mit den etwaigen Bedingungen zu erklären, die für seine Erneuerung niedergelegt würden. Bonar Law antwortete, er glaube nicht, daß irgend ein Vorteil bestehen würde, in der gegenwärtigen Zeit derartige Schritte zu tun. Das liberale Mitglied Benn fragte, ob das Angebot vor dem britischen Vertreter in Paris gemacht worden sei. Bonar Law erwiderte: Nein, niemals.

Die Organisation des besetzten Gebietes.

Paris, 15. März. (Sch. B.) Ueber das Regime, das im besetzten Gebiete nunmehr seitens der französischen und belgischen Regierung zur Einsetzung gelangen soll, veröffentlicht „Debre“ folgende Zusammenstellung: 1. Militärische Organisation: Das französische Kontingent wird um 15.000 Mann verstärkt werden, das belgische um 5000 Mann. Insgesamt würden künftighin beide Armeen aus 90.000 Mann bestehen, zu denen 10.000 mobilisierte Eisenbahner zuzuzählen seien. 2. Ingenieur-Mission: Diese wird unmittelbar dem General Degoutte unterstehen. Es wird künftig zwei Divisionen geben, die französische unter Franzen und die belgische unter Leitung des Ing. Hennecart. 3. Eisenbahnregime: Dieses wird aufgrund der Brüsseler Konferenz seine Veränderung erfahren. 4. Regelung der Kohlen- und Holz-Organisation: Der in Brüssel ausgestellte Plan läuft darauf hinaus, die Maßnahmen in einer Reihe von Kohlenzentren

Erster Zustand Lenins.

Moskau, 15. März. (Mosk.) Das Bulletin über den Gesundheitszustand Lenins vom 14. d. 14 Uhr meldet: Schwierigkeiten der Sprechorgane, Lähmung der rechten Hand und des rechten Fußes unverändert. Der allgemeine Gesundheitszustand gebessert. Temperatur 37, Puls 90 regelmäßig. Unterschriften: Professor Minkovskij, Kramer, Hoerster, Kozewnikow, Somasko.

Furcht vor Neuwahlen auch in Frankreich.

Paris, 15. März. (Sch. B.) In der getragenen Kammerstimmung wurde nach längerer heftiger Debatte der Regierungsentwurf betreffend die Beibehaltung des alten Wahlsystems und der seitherigen Anzahl Abgeordneter (626) mit 490 gegen 80 Stimmen abgelehnt. Ferner wurde beschlossen, daß die über die Wahlreform vorliegenden Anträge am nächsten Mittwoch in der Kammer besprochen werden sollen. Im Laufe der Debatte kam es zu sehr heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern Clemenceaus und den Radikalen über die Rolle, die Caillaux gespielt hat. Der Royalist Daubet erklärte, Deutschland spekuliere auf die kommenden Wahlen, das beweise seine Presse. Deutschland hoffe auf einen Meinungsumschwung im

nacheinander durchzuführen. Dies entspreche dem Vorschlage des Marschalls Foch, der angeraten habe, den deutschen Widerstand dadurch zu brechen, daß man Kohle und Stolz aus dem Ruhrgebiet heraushole, anstatt die Besetzung weiter auszuweiten, wie es General Degoutte verlangt habe. 5. Ausführbedingungen: In Brüssel sei es selten gelungen, die Ausschaltung sämtlicher Maßnahmen durchzusetzen, die für den ausländischen Handel eine ununterbrochene Erschwernungsdarstellen. Ein Beamter des „Quai d'Orsay“ habe sich nach Köln begeben, um dort zu versuchen, das in Brüssel vereinbarte Regime den berechtigten Bedürfnissen der Alliierten Frankreichs und der Neutralen anzupassen.

Berklärter Grenzschutz Hollands.

Haag, 15. März. (Sch. B.) In einer Erläuterung der Regierung zu dem Etat des Kriegsministers heißt es, die Ereignisse im Ruhrgebiet hätten die Regierung veranlaßt einzelne Maßnahmen vorzubereiten, die in Kraft treten würden, falls es zu einer Ueberschreitung der holländischen Grenzen in größerem Maßstabe käme. Abgesehen davon sei auf Ersuchen des Justizministers die Grenzüberwachung dadurch verstärkt worden, daß ein Teil der Polizeistruppen aus dem Innern des Landes zur Grenze gesandt wurde. Für die Kosten der Grenzüberwachung wird eine Erhöhung des Etats um 600.000 fl. beantragt.

Ministerrat in Paris.

Paris, 15. März. Ueber den heute Vormittag abgehaltenen Ministerrat wurde folgender amtlicher Bericht ausgegeben: Ministerpräsident Poincaré berichtete über seine Verhandlungen in Brüssel und unterrichtete seine Kollegen vom Stande der auswärtigen Angelegenheiten und insbesondere über die Lage im Ruhrgebiet.

Annahme der Steuererlasse im Reichstage.

Berlin, 15. März. (Eigenbericht.) Der Reichstag hat heute den Entwurf zur Anpassung der Steuererlasse an die Geldentwertung in dritter Lesung mit 209 Stimmen gegen die Stimmen der Linken angenommen.

In der Debatte wendete sich unser Genosse Dr. Herz dagegen, daß der Besitz nur mit vier Prozent bei den Steuereinnahmen belastet sei. Er führte ein umfangreiches Material über die Entwicklung des Defizits im deutschen Reichsetat an. Das rasend steigende Defizit führte er auf die stetige Arbeit der Notpresse und auf die Ruhrbesetzung zurück.

Reichsfinanzminister Henness sprach sich gegen die vom Genossen Dr. Herz vorgebrachten Einwände aus, wobei er u. a. darauf hinwies, daß auf der Brüsseler Konferenz Sachverständige erklärt haben, die deutschen Besitzsteuern seien überhöht. Mit besonderer Arroganz trat der Abgeordnete Helfferich auf, der die Behauptungen aufstellte, die Lage der Besitzenden sei trostlos und die der Arbeiter dagegen rosig. Die Anschuldigung des Abg. Helfferich, die Rede des Genossen Dr. Herz würde uns im Ausland schaden, wies dieser zurück, indem er erklärte, die Entente sei sich über die Lage Deutschlands schon lange im Klaren.

französischen Parlament und auf eine radikale und sozialistische Mehrheit, damit es, wie zu den Zeiten von Caillaux und Malvy, seine Manöver wieder aufnehmen könnte. Es gebe nur ein Mittel, diese Gefahr zu verhindern, nämlich die Lebensdauer der gegenwärtigen Kammer zu verlängern, die Wahlen hinauszuschieben und eine entschlossene politische Mehrheit aufrechtzuerhalten.

Den Schuldigen geht schon das Gruseln an.

Wien, 15. März. (Eigenbericht.) Die Christlichsozialen kommen allmählich doch darauf, welche Schäden sie mit der Warenumsatzsteuer der österreichischen Volkswirtschaft aufbürden. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung erklärte der Führer der Christlichsozialen Kleingewerbetreibenden und Kaufleute, Abg. Partik, daß seine Partei für die Warenumsatzsteuer stimmen werde, daß sie jedoch wohl erkenne, welche schwere Lasten sie der österreichischen Bevölkerung aufzwinge. Das christlichsoziale „Weltblatt“ schreibt, daß der Finanzminister Kienböck sich von der Warenumsatzsteuer eine Einnahme von 450 Milliarden Kronen erhoffe. Das Blatt verschweigt aber nicht, daß der sechszwanzigprozentige Märzindex allein die Personalausgaben des Bundes für das laufende

Jahr um 330 Milliarden Kronen erhöht, so daß schon eine zweiprozentige Steigerung im April genügen wird, um auch nach den restlichen Erträgen der Steuer, also 120 Milliarden Kronen, vollends aufzugehen. So bleibt nichts anderes übrig, als die entsetzliche Teuerung, die die Warenumsatzsteuer — eine Erfindung der Christlichsozialen — hervorruft.

Hundsjott, Bube und die großdeutschen Kompagnons.

Wien, 15. März. (Eigenbericht.) Die großdeutsche „Deutschösterreichische Abendzeitung“ greift heute unter dem Titel „Hundsjott und Bube“ in beherzter Weise den christlichsozialen Abgeordneten Dr. Mataja — einer der übelsten monarchistischen Probokateure in Oesterreich — an, weil er einem englischen Berichterstatter gegenüber sich geäußert habe, daß Deutschland seine Lage selbst verschuldet habe, da die deutschen Regierungen die Kapitalkräfte organisiert und zumindest wohlwollend geduldet hätten. Das Blatt erklärt, man müsse nun abwarten, ob die Christlichsozialen die Freiheit aufbringen werden, diesen Dr. Mataja bei den nächsten Neuwahlen als ihren Kandidaten aufzustellen.

Man muß aber noch zwingender die Frage aufwerfen, ob die so entsetzten Großdeutschen mit den Christlichsozialen, deren Führer den Deutschen in so infamer Weise in den Rücken fällt, in einer Koalition sitzen können.

Das Urteil im Prozeß gegen die Schieber mit Volksbekleidungsware.

Wien, 15. März. (Eigenbericht.) In dem Prozesse gegen die Warenchieber im früheren österreichischen Volksbekleidungsamt wurde heute das Urteil gefällt. Der von der Regierung eingesetzte Leiter Regierungsrat Frankfurter und der zweite Angeklagte, Tuchwarenhändler Steinhauer, wurden wegen Mißbrauches der Amtsgewalt, bezw. wegen Bestechung, zu je drei Monaten Kerker verurteilt.

Lohnkämpfe in Ungarn.

Die Staatsbeamten sind unzufrieden.

Wien, 15. März. (Eigenbericht.) Die ungarischen Staatsbeamten hielten heute eine Versammlung ab, in der sie beschlossen, die angebotene außerordentliche Unterstützung nicht anzunehmen, sondern bei der Forderung nach zehnprozentiger Erhöhung der Gehälter zu verharren. Sollte diese nicht erfüllt werden, so würden sie zu energischen Maßnahmen greifen.

Der ungarische Metallarbeiterausstand.

Wien, 15. März. (Eigenbericht.) Der ungarische Handelsminister Walso forderte heute die Unternehmer neuerdings auf, mit den ausgesperrten Arbeitern in Verhandlungen zu treten. Die Vertreter der Unternehmer erklärten, sie hätten bereits eine Zuschrift, in der sie ihre Verhandlungsbereitschaft ankündigten, an die Budapester Metallarbeiter abgeschickt. — Bis in die späten Abendstunden ist keine Zuschrift beim Metallarbeiterverband eingetroffen.

Ein Anschlag gegen Karolvi?

Wien, 15. März. (Eigenbericht.) Aus Belgrad wird gemeldet: Die jugoslawische Regierung wurde von der Belgrader Polizei verständigt, daß vier Mitglieder des national-ungarischen Offiziersverbandes nach Ragusa abgereist sind, um dem Grafen Karolvi gewisse diplomatische Schriftstücke zu stellen und drei andere einen Anschlag auf Karolvi beabsichtigen. Die Belgrader Polizei hat weitgehende Maßnahmen zum Schutze Karolvis getroffen.

Die Regierung Basilich gefährdet.

Zaibach, 15. März. Der „Jutro“ meldet aus Belgrad, daß die Stellung der radikalen Regierung gefährdet ist. Als Hauptgrund wird die Nachgiebigkeit bei den Verhandlungen mit Italien angeführt, aber auch in der unparteiischen Haltung des Königs, die in dem Schreiben an Basilich zum Ausdruck kam.

Die sächsische Regierungsbildung.

Dresden, 15. März. (Sch. B.) Die Wahl des sächsischen Ministerpräsidenten, der bekanntlich mit dem ganzen Kabinett am 30. Jänner, also vor fast sieben Wochen zurückgetreten ist, soll nunmehr endlich nächsten Mittwoch erfolgen. Bisher ist jedoch noch immer keine Einigung zwischen den Sozialisten und Kommunisten zustande gekommen, sodas der Wahlausgang froglisch bleibt.

Die Festsetzung der Ostgrenze Polens.

Die Sowjetruine protestiert.

Chartow, 14. März. (Sch. B.) Der ukrainische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Rakowski hat der englischen, der französischen und der italienischen Regierung eine Note überreicht, die unter Hinweis auf den von der polnischen Regierung den alliierten Mächten gemachten Vorschlag, die Frage der Ostgrenzen Polens endgültig zu regeln, gegen jede ohne Beteiligung der Sowjetruine zustande gekommene Entscheidung über das politische Schicksal Ostgaliziens protestiert.

„Kolossaler Abfall von Mitgliedern“

klagen die Deutschgelben.

Das Ausschneiden war stets die stärkste Seite der Deutschgelben. Bereits in der Vorkriegszeit verstanden sie es großartig, ihre im Lande verstreuten Tischgesellschaften von Streikbrechern und politischen Wareden als eine „Arbeiterpartei“ zu deklarieren und damit einen Vorwand für intensive Zammeltätigkeit bei den Unternehmern zu schaffen. Seitdem es ihnen bei den ersten Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei gelungen ist, mit falschen Vorpiegelungen und mit Hilfe von Kapitalistengeldern der Nationalpartei einige Abgeordnete und Senatorenmandate abzulassen, ersticken sie fast in ihren ununterbrochenen Aufschreierereien. Die traurigen Erfolge Mussolinis bei der Niederartfaltung der italienischen Arbeiterbewegung, sowie die vielversprechenden Anfänge Hitlers auf diesem Gebiete haben sie vollends großwahnsinnig gemacht. Wo immer sich in Deutschland ein paar monarchistische Strauchdiener oder halentkrenzerische Mordbuben zusammenrotten mögen, stets weiß der Duxer „Tag“ mit seinen diversen Ablegern von einem „lawinenhaften Anwachsen“ der nationalsozialistischen Bewegung zu berichten. Um den wenigen Anhängern glaubhaft zu machen, daß das tausendjährige Reich der Gelben, die „nationale Diktatur“ nach Mussolinis Vorbild nahe ist, werden die ausländischen Siegesberichte regelmäßig durch entsprechende Münchhausfabriken über rasende Fortschritte im Inlande ergänzt. Kenner der Verhältnisse hatten allerdings für diese Neuherungen politischer Pathologie nur ein verständnisvolles Lächeln übrig, doch es mag sein, daß sich hier und da ein Dummer gefunden hat, der solchen Redereien Glauben schenkte. Zur Belehrung dieser Leute eignet sich nachfolgendes Dokument ausgezeichnet, das uns ein günstiger Zufall in die Hände spielte. Dieses Brieflein, das uns einen kleinen aber lehrreichen Einblick in die Parteigeheimnisse der Gelben gestattet, hat folgenden Wortlaut:

Bezirksverband Präg der deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei.

Präg, 27. Feber 1923.

Z. 187.

Geehrte Ortsparteileitung d. n. i. A. P. in Komotau.

Wir haben mit Dank Ihren Abrechnungsbogen für Feber d. J. erhalten, müssen aber mit Befremden feststellen, daß sie wieder 8 Ausstritte zu verzeichnen haben. Wir müssen Sie dringend bitten, diesem kolossalen Abfall von Mitgliedern, der in der letzten Zeit Platz gegriffen hat, Einhalt zu tun. Es werden Ihnen auch genügend Versammlungen mit Rednern gemacht und bitten wir Sie, alle Anstrengungen zu machen, um neue Mitglieder zu gewinnen. Wir bitten Sie ferner, uns einen Bericht über den Vortrag Esser zu senden. P. g. Esser äußerte sich P. g. Proste gegenüber, daß diese Versammlung besser besucht hätte können sein. Wir hoffen daß Sie auch kein Defizit erlitten haben. Ferner erlauben wir Sie um Mitteilung, wann und wo in Komotau die Märzgefallenenfeier der Partei stattfindet. Ferner ob dies in Form eines Unterhaltungsabends (!!!) allgemein zugänglich usw. geschieht.

Deutscher Gruß!

Bezirksverband Präg der deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei, Proste.

Das herrliche Deutsch des halentkrenzerischen Parteibürokraten wirkt für sich selber. Was uns in diesem Falle hauptsächlich interessiert, ist der sachliche Inhalt des Schreibens. Daraus ergibt sich nun allerhand. Entweder umfaßt der kolossale Mitgliederabfall weit größere Ziffern als sie in diesem Schreiben genannt werden, oder die Gelben rechnen, wenn sie unter sich über den Mitgliederstand reden, mit so kleinen Einheiten, daß ihnen der Abfall von acht Anhängern in einer Industriestadt wie Komotau schon als kolossaler Verlust erscheint. Beide Möglichkeiten laufen schließlich auf dasselbe Ergebnis hinaus: daß die gelbe „Arbeiterpartei“ heute ebensowenig als zu anderer Zeit eine nennenswerte Anzahl von deutschen Arbeitern in ihren Reihen zählt, daß sie trotz aller Ausschreierereien noch an ihrer alten Bedeutungslosigkeit krankt. Freilich werden die Gelben, die ja um Ausreden nie verlegen waren, auf diese unangenehmen Feststellungen antworten, der kolossale Mitgliederabfall in Komotau sei eben nur eine Ausnahme, während es in allen anderen Gebieten genau so rasend vorwärts gehe, wie bisher. Das wird aber niemanden täuschen können. Gerade der Zimmerbrief über den Archengang in Komotau ist ein vollgültiger Beleg für den allgemeinen Stand der nationalsozialistischen Bewegung. Denn wenn sich die Gelben von der Spaltung, vom Bruderkampfe und von den Wirkungen der Wirtschaftskrise recht viel Gewinn erhoffen — und das war tatsächlich der Fall — dann hätten sie nirgends günstigerer Bedingungen gefunden, als im Komotauer Gebiet, wo sich all diese Faktoren mit vollster Schärfe auswirkten. Weil dem nicht so ist, läßt sich an diesem Beispiel erweisen, wie lässlich der Ansturm der gelben Wareden auf den Bastionen der Sozialdemokratie zerschellt ist.

Tages-Neuigkeiten.

Die Märzfeiern in Tepitz und Aussig.

Aus Tepitz wird uns gemeldet: Der große Saal der Turnhalle auf der Königshöhe in Tepitz war Mittwoch abends mit Hunderten Arbeitern und Arbeiterinnen dicht gefüllt. Nicht nur Arbeiter aus allen Gebieten des Tepitzer Bezirkes, sondern auch unzählige Arbeiter aus Bilm und dessen Umgebung hatten den weiten Weg nicht gescheut, um an der Feier teilzunehmen. Erwartungsvoll harrten die Arbeiter in dem dicht gefüllten Saale und richteten ihre Blicke auf eine große Marktbude hin, die an der Stirnseite des Saales in einem Vorberühne aufgestellt war. Als erster Punkt der Festordnung wurde vom Sturorchester Beethovens „Leonoren“ Ouvertüre unter der Leitung des Musikdirektors Wille zu Gehör gebracht. Interessant war, zu beobachten, wie Beethovens Musik auf den zwar musikalisch nicht gebildeten aber auch nicht verbiideten Arbeiter einwirkte. Willig folgten die Arbeiter Beethovens Musik und ließen sich von ihr in das Reich der Künste führen. Es gab, obwohl über 1000 Personen im Saale waren, während der ganzen Vorführung nicht das geringste Geräusch. Als die Beethovenouvertüre verklungen, sprach Genosse Dr. Danneberg aus Wien über Marx, über seine Lehren und sein Leben. Genosse Danneberg verstand es, seinen Vortrag so zu gestalten, daß nicht nur der geschulte Marxist, sondern auch der einfache Arbeiter, der von Marx nicht mehr wußte als seinen Namen, ihm zu folgen vermochte und sich ein Bild von dem Erwecker des Proletariats machen konnte. Nach der Rede des Gen. Danneberg erfolgte ein ungeheurer Beifallssturm und dann brachten die Tepitzer Musiker Beethovens Eroica-Symphonie zum Vortrage. Nach der begeisterten Rede wirkten nun wieder die Klänge der Musik auf die Gemüter der Anwesenden und brachten ihnen die Erhabenheit der Feier zu Bewußtsein. Zum Schluß noch ein Applaus und die Arbeiter verließen langsam den Saal, in dem die Tepitzer Arbeiterschaft das Andenken ihres großen Kämpfers und Befreiers so würdevoll gefeiert hatte. — Dester sollte man die Arbeiterschaft zusammenführen, um ihnen Gelegenheit zu geben, solche Musik und solche Vorträge zu hören. Soffentlich ist diese Feier der Anstalt zur Bildungsarbeit im Tepitzer Bezirke.

In Aussig fand die Märzfeier in den Volkshäusern statt. Schon lange vor Beginn der Feier strauten sich große Massen von Proletariern in den Sälen, bei Beginn der Feier waren alle Säle dicht besetzt. Und als dann die wunderbaren Klänge der Leonoren-Ouvertüre verklungen waren, sprach Genosse Danneberg aus Wien über Leben und Wirken des großen Mannes, dessen Andenken die Feier galt. Er sprach von den Kämpfen und Enttäuschungen, denen der Proletariatswecker ausgesetzt war, und er feierte den endlichen Sieg seiner Ideen, die Zukunftshoffnung des Proletariats. Nichtendwollender Beifall dankte dem Redner, der es verstanden hatte, die Herzen aller Anwesenden in weihewoller Dankbarkeit im Andenken ihres großen Kämpfers höher schlagen zu machen. Zum Schluß sprach nochmals Beethoven zu den Versammelten. Seine Eroica-Symphonie war der Abschluß einer Feier, wie sie die Arbeiterschaft von Aussig in solcher Weise noch nicht durchgeführt hatte.

Die Preise in den Restaurationen. Den ersten Punkt der Tagesordnung der geistigen Sitzung der ständigen Konsumentenkommission bildete die Frage der Preisbildung der Preise in den Restaurationen und Gastwirtschaften. Der Vorsitzende, Inspektor Sasse, teilte mit, daß die Preise in 24 Restaurationen Prags einer Untersuchung unterzogen wurden und daß festgestellt wurde, daß die Preise in den verschiedenen Gastwirtschaften große Schwankungen aufweisen. So kostete eine Suppe 40 Heller bis 3 Kronen, ein Rindfleisch 4 Kronen bis 8 Kronen 70 Heller, ein Rindbraten 1 bis 11 Kronen, ein Schweinsbraten 5 bis 12 Kronen 40 Heller, ein Schöpfenbraten 5 bis 11 Kronen 80 Heller, ein Zehlfleisch 5 bis 12 Kronen, ein Lungenbraten 7 bis 14 Kronen 20 Heller, ein Naturschnebel 6 Kronen 20 Heller bis 14 Kronen 40 Heller, eine Paprika 4 bis 9 Kronen 80 Heller, ein Gulasch 6 bis 10 Kronen 20 Heller und ein Rostbraten 5 bis 14 Kronen 30 Heller. Es sei also eine Regelung der Preise dringend notwendig. Die Restaurateure erklärten natürlich, an eine weitere Herabsetzung der Preise nicht schreiten zu können; Herr Sroubel gab sogar zu verstehen, daß er keine anderen Minister anerkenne, als seine Frau, die ihm der höchste Minister überhaupt sei. Abgeordneter Petrovich verteidigte mit demselben Eifer, den er sonst vor einem anderen Forum der „Nase republikanisch“ widmet, die reichen Hoteliers und Restaurateure, deren triste Lage er in den schwärzesten Farben malte. Es wird aber wohl nicht so traurig sein; haben wir doch vor einigen Tagen gelesen, daß die Gesuche um Verleihung der Bahnhofrestaurationen einen riesigen Umfang annehmen. Dieses Gewerbe scheint demnach trotz des Klagebittens des großen Patrioten Petrovich, noch immer seinen Mann zu erheben. In der Debatte gelangten noch unter anderem die Genossen Pauzac und Abg. Dietl zu Worte. Sie betonten, daß man immer wieder dasselbe Klagebitt hören, wenn man über die Herabsetzung von Preisen verhandelt. Sie machten

darauf aufmerksam, daß das Gastgewerbe das einzige ist, das von der Wirtschaftskrise verschont geblieben ist, da auch nicht ein Gastwirt etwa insolvent geworden wäre, wie so viele Kaufleute. Gegenüber der Meinung der Gastwirte, man solle die freie Konkurrenz wahren lassen, stellten unsere Genossen fest, daß die Arbeiter und Angestellten auch nicht ihre Löhne und Bezüge in freier Konkurrenz bestimmen, sondern daß ihnen die Höhe ihres Einkommens einfach diktiert wurde. Abg. Genosse Dietl trat schließlich für die Ueberweisung der ganzen Frage an eine Unterkommission ein. Es wurde denn auch beschlossen, auf Grund der Höchstpreise die vom Innenministerium vom 14. Feber 1923 für die Bahnhofrestaurationen festgesetzt wurden, die Preise aller Speisen in Gastwirtschaften zu überprüfen, und zwar mit Rücksicht auf die Qualität des benutzten Materials, auf das Gewicht und die Gattung des Unternehmens. Mit dieser Aufgabe wurde die sechste Kommission betraut, die die endgültige Entscheidung treffen und sodann dem Plenum der Konsumentenkommission Bericht erstatten wird. Derselben Kommission wurde auch die Regelung der Hotelzimmerpreise anvertraut.

Das soziale Fürsorgeamt für den Bezirk Teischen. In der von der Bezirksverwaltungscommission Teischen vor einigen Tagen einberufenen Konferenz, an der sich Vertreter aller Fürsorgekörperschaften und der gewerkschaftlichen Organisationen beteiligten, erstattete Genosse Reicher ein umfassendes Referat über die beabsichtigte Schaffung eines sozialen Fürsorgeamtes für den Teischer Bezirk. Durch den von der Bezirksverwaltungscommission beschlossenen fünfprozentigen Zuschlag zu den staatlichen Steuern wird im Jahre 1923 ein Fürsorgefond von ungefähr 200.000 Kronen geschaffen werden. Das soziale Fürsorgeamt wird daher in stande sein, im größeren Maßstabe Fürsorgeaktion durchzuführen, da es außerdem noch alle bisher von den einzelnen Körperschaften geleistete Fürsorgearbeit zentralisieren wird. Das Fürsorgeamt soll nach dem musterähnlichen Beispiel dieser Einrichtungen in Sachse eingerichtet werden. Durch die Evidenzhaltung aller fürsorgebedürftigen Menschen des Bezirkes wird das Fürsorgeamt in stande sein, die Unterstützung, die zu einem Recht der Bedürftigen wird, gewissenhaft zu kontrollieren und Gegenaktionen sowie Uebergebungen unmöglich zu machen. Die Vereinheitlichung aller Fürsorgeaktionen auf allen Gebieten wird die private Vereinstätigkeit nicht ausschließen, sondern nur in entsprechender Weise eingliedern. Die Leitung wird ein Hauptauschuss besorgen, dem für die einzelnen Fürsorgeabteilungen Unterausschüsse unterstellt werden. — Nach dem Referate des Genossen Reicher entwickelte sich eine lebhafteste Debatte, worauf über Antrag des Genossen Kogler beschlossen wurde, einen Hauptauschuss einzusetzen, in den zu entsenden haben: die Städte Teischen-Bodenbach je einen Vertreter, Bezirkskommission für Kinderbeschuss und Jugendfürsorge zwei, die politische Bezirksverwaltung einen, die Humanitäts- und Fürsorgevereine einen, die Bezirksverwaltungscommission vier, die Landgemeinden zwei, zusammen 12 Vertreter. Die Unterausschüsse sind erst in zweiter Linie zu bestellen. Dem Hauptauschuss steht das Recht zu, Vertreter wie z. B. den Vormundschaftrichter usw. zu kooperieren. Durch Einsetzung dieses Hauptauschusses ist die Errichtung des ersten sozialen Bezirksfürsorgeamtes im deutschen Gebiete dieses Staates endgültig in die Wege geleitet.

Selbsthilfe der Mieter in Komotau. Bei der am Dienstag abend vom Mieterschutzverein „Solidarität“ veranstalteten öffentlichen Mieterversammlung stellte Vizebürgermeister Genosse Weigl den Antrag auf Selbstschutzmahnahmen der Mieter. Die Allgemeinheit soll zur Deckung des während des Krieges verlorenen Bauaufwandes beitragen und daher verlange der Mieterschutzverein die Schaffung eines Wohnungsbaufonds. Der Wohnungsbaufonds soll durch einen zehn- bis zwanzigprozentigen Zuschlag zum Wasserzins, durch den Verzicht der Gemeinde auf weitere zehn Prozent aus dem Ertragnis des Wasserzinses und durch eine eventuelle Beisteuer der Gemeinde im Betrage von einer Million Kronen aufgebracht werden. Bei einem Zuschlag von zehn Prozent könnten 70 Wohnungen, bei zwanzig Prozent und dem genannten Gemeindezuschlag könnten 110 neue Wohnungen erbaut werden. Am Schluß der Versammlung wurde beschlossen, dieses Projekt in seiner weitestgehenden Form als Antrag der Stadtvertretung vorzulegen.

Die tägliche Kubrik. Vorgestern wurde von dem Schwurgerichte in Pilsen der 26-jährige Daudeker Emanuel Ulrich aus Macow wegen der im Mai v. J. erfolgten Ermordung des Jägers Peter Maly zum Tode durch den Strang verurteilt. Der Verteidiger meldete die Nichtigkeitsbeschwerde an.

Deutsche sozialistische Studententagung in Frankfurt a. M. Der Verband sozialistischer Studenten Deutschlands und Oesterreichs hielt am 15. März in Frankfurt a. M. seine jährliche Delegiertenversammlung im Gewerkschaftshaus ab, die hauptsächlich der Zielsetzung und Umgrenzung innerer Arbeitsmöglichkeiten gewidmet war. Im Anschluß daran tagt vom 16. bis 18. März das Kartell republikanischer Studenten Deutschlands und Oesterreichs, wobei namhafte Persönlichkeiten der Vereinigten Sozialdemokraten, Demokratischen und Zentrumspartei die Hauptreferate übernommen haben. Die Tagung wird mit einer Kranzniederlegung zu Ehren der Märzgefallenen von 1848 ihren Abschluß finden.

Waffenlager der Reaktion. Die „Bosische Zeitung“ berichtet, daß im Schlosse Caputh bei Potsdam ein großes Waffenlager entdeckt wurde. Der Besitzer des Schlossees von Willich hatte bestritten, Waffen aufzubewahren, aber hinter einer schlecht vermaurerten Wand fand man eine Zahl von Maschinengewehren nachgemä in zehn Kisten verpackt, ferner eine große Menge Patronen. Der Waffenraum wurde verriegelt und die Waffen beschlagnahmt.

Die Märzfeier in Budapest. Aus Budapest wird gemeldet: Anlässlich der Märzfeier waren in Budapest die öffentlichen Gebäude und Straßen besetzt und die Geschäftsläden geschlossen. An der Feier vor dem Parlamentsgebäude, bei der auch der Reichsverweser, die Vertreter der Regierung und die Spitzen der Behörden zugegen waren, nahmen mehr als 100.000 Personen teil.

Der Wiener Kardinal läßt sich von Sträflingen beschenken. Am Sonntag erschien der Wiener Kardinal Bissi im Wiener Landesgericht, um jenen Sträflingen, die tagsüber die Beichte abgelegt hatten, „höchst eigenhändig“ die Kommunion und natürlich noch einige ermahnende Worte zu spenden. An dieser Tatsache wäre ja weiter nichts anzufehen, da die Sträflinge sich selbstverständlich freiwillig an den religiösen Handlungen beteiligten und auch Herr Bissi nicht daran gehindert werden kann, sich einmal einen Kerker von innen anzusehen. Doch eines muß die schärfste Verurteilung herausfordern, und stellt gleichzeitig die Sträflingsfürsorge des Herrn Bissi in ein eigentümliches Licht. Kardinal Bissi trug nämlich bei seinem Besuche im Kerker eine „prächtige“ Stola, die von den Ordensschwärmern, die im Landesgericht Wärtersdienste verrichten, unter Mitwirkung weiblicher Strafgefangener angefertigt wurde. Herr Bissi mag vielleicht des Glaubens sein, daß die weiblichen Sträflinge an der Stola freiwillig mitgearbeitet haben; ein anderer wird es aber kaum glauben, denn die durchaus notwendige Sträflingsarbeit ist dazu da, um den Sträflingen selbst Nutzen zu bringen; und die Sträflinge, für die seine sonstige Arbeit aufzutreiben war, hätten wohl lieber für sich selbst Strümpfe verfertigt, wenn ihnen nicht ein Wink gegeben worden wäre, die Huld des Kardinals auf Kosten ihrer eigenen Arbeit zu beschaffen. Der Kardinal Bissi läßt sich sein Werk der „Seelenrettung“ jedenfalls gut bezahlen.

Brutales Vorgehen gegen Streikende in Rumänien. In Reschita in Rumänien kam es nach einer Meldung der Temesvarer „Arbeiter-Zeitung“ in der vergangenen Woche zu einem Tischlerstreik, der durch den Oberstuhlrichter von Reschita mit Polizeigewalt niedergeschlagen wurde. Die Tischler, deren Kollektivvertrag von der Möbelabrik in Reschita nicht eingehalten wurde, erhoben immer wieder die Forderung nach Erfüllung der Bestimmungen des Vertrages, wurden aber jedesmal vom Direktor des Unternehmens, einem ehemaligen Revolutionskommissar Ludwig Zjako brüsk abgewiesen. Als nun sogar vor einiger Zeit der Ueberbringer der Forderungen entlassen wurde und die Arbeiter seine Wiederaufnahme mit friedlichen Mitteln nicht erreichen konnten, traten sie in der vorigen Woche in Streik. Ueber das Vorgehen gegen die Streikenden berichtet unser Temesvarer Bruderblatt: „Es setzte eine nie gesehene Verfolgung ein, zu deren besserem Verständnis gehört, daß man weiß, daß einer der Hauptaktionäre und Direktionsrat des Unternehmens der Oberstuhlrichter von Reschita ist. Dieser ließ sofort die gesamte Polizeimacht Reschitas gegen die Streikenden mobilisieren und redete ihnen ein, diese hätten ein Verbrechen gegen den Staat (das sind seine Affen) begangen. Die Polizei machte sich sofort auf die Suche nach den Streikenden. Es gelang ihr einen Teil derselben ausfindig zu machen, die verhaftet und ins Polizeiarrest gebracht wurden. Dorselbst wurden sie auf unmenschliche Weise mißhandelt und zur Unterzeichnung einer Deklaration gezwungen, wonach sie freiwillig, ohne jedweden Zwang erklären, die Arbeit wieder aufnehmen zu wollen. Zwei der Arbeiter, namens Nagy und Manda, die die Fertigung einer solchen Erklärung verweigerten, wurden so erbärmlich geprügelt, Nagy überdies über die Treppen hinuntergeworfen, daß beide schwer erkrankten. Nächsten Tag wurden jene Arbeiter, die durch die Mißhandlungen nicht bettlägerig wurden, mit Bruchialgewalt zur Arbeit gezwungen.“ Aber am nächsten Tag wurden zwar „Verhandlungen“ eingeleitet, doch verliefen diese natürlich ergebnislos. — Ein solches Vorgehen nennt man im „demokratischen“ Rumänien „Arbeiterpolitik.“ In Rumänien braucht man eben noch kein „Schuhgefetz“, um wirkungsvolle Arbeiterpolitik zu betreiben.

Bergstete Krapfen. Aus Kuchelna bei Seml (Turan) wird berichtet, daß dort eine Wirtschaftsbefizerin ihre 17jährige Tochter mit ihrem Schwelgerhohn verheiratet hat. Das Ehepaar weilte bei einer Theateraufführung und es Krapfen, die ihnen von der Mutter gereicht worden waren. Bald nach dem Genuße der Krapfen verschieden die jungen Leute.

Aus dem Prager Polizeibericht. Gestern hat sich in einer Wohnung in Prag-Weinberge ein Direktor der Firma Bondy u. Werten, der in Prag V. Jostiska 4. wohnhaft ist, erschossen. Das Motiv der Tat sollen Familienverhältnisse sein. — Beim Invasidenhaus in Prag-Karolinenthal, wurde heute ein tollwütiger Hund der eine Person und einige Hunde bereits gebissen, von einem Polizeimann erschossen. — Im Kaffeehaus Rppista u. Duleky in Prag-Ruse brach gestern nachts ein Brand aus, der die Kaffeehaeinrichtung und das Dach des ebenerdigen Hauses vernichtete. Erst nach einstündiger Arbeit konnte das Feuer gelöscht werden.

Gerichtssaal.

Oesterreichische Klassenjustiz.

Die Judenburg Arbeiter zu schweren Kerkerstrafen verurteilt.

Aus Wien wird uns gemeldet: Vor dem Schöffengericht in Graz hat Dienstag u. Mittwoch die Verhandlung wegen der Judenburger Ereignisse vom November des Vorjahres stattgefunden. Damals hatten die heimischen Heimwehren in Judenburg große Paraden abgehalten und auf dem flachen Lande unter den Bauern Waffeu zur Verteilung gebracht. Die Arbeiterschaft von Judenburg zog am 2. November nach der Ortschaft Waltersdorf bei Judenburg, um die Geschäfte nach Waffen zu durchsuchen. Es wurden tatsächlich eine große Anzahl von Waffen beschlagnahmt. Die Behörden nahmen erst nach einer Woche in dieser Angelegenheit in Judenburg Verhandlungen vor, die damals unter der Arbeiterschaft große Erregung hervorriefen und auch eine Interpellation der Sozialdemokraten im Nationalrat zur Folge hatten. Obwohl nun bei der Verhandlung festgestellt wurde, daß unter den Augen der Behörden an die bäuerlichen Heimwehren bei Judenburg Waffen verteilt wurden und obwohl alle angeklagten Vertrauensmänner und Arbeiter bewiesen, daß sie selbst in die Häuser nicht eingedrungen waren, sondern nur die erregte Arbeiterschaft vor Ausschreitungen zurückgehalten haben, wurden dennoch alle siebzehn Angeklagte wegen Hausfriedensbruchs zu schweren Kerker in der Dauer von einem Jahr bis sechs Monaten verurteilt. Der Hauptvertrauensmann von Judenburg, Genosse Chaloupka, wurde zu vier Monaten schweren Kerker verurteilt. In der Begründung des Urteiles heißt es, daß schon die bloße Anwesenheit in der Gemeinde während der Unruhen genüge, um sich der Missetat am Hausfriedensbruch und an diesem selbst schuldig zu machen.

Aus den Sphären der „obersten Zehntausend“.

Prag, 15. März. Friederike Barvitius und deren Mutter Emilie entstammen einer alten Prager Patrizierfamilie. Sie gehören demnach zu jenen ehemals bevorzugten Rasse von Prager Bürgern, die in alten Oesterreich der adeligen Klasse gleichgestellt wurde und zum Bekanntenkreis und Gefolge des Statthalters Max Coudenhove gehörte. Nur in einem konnten es die Barvitius den andern Vertretern der „obersten Zehntausend“ nicht gleich machen: Sie hatten kein Geld. Das Vermögen, das einst irgendein Vorfahr der Barvitius zusammengeharrt hatte, war von den ihm nachfolgenden, natürlich nichts arbeitenden Geschlechtern aufgezehrt worden und so bekam Friederike Barvitius als Wiegengelicht zwar keinen Heller, dafür aber den Zeitspruch aller materiell verkommenen Adels- und Patriziergeschlechter mit auf den Lebensweg: „Arbeite nichts, (denn das wäre nicht standesgemäß) und lebe gut — auf Kosten der andern!“ Friederike Barvitius nahm sich an ihrer Mutter Emilie ein Vorbild. Und lebte gut, sehr gut sogar. War überall dabei, wo ihre Gleichen verkehrten. Als dann der Weltkrieg kam, wurde sie, wie alle, gezwungen, sich als Pflegerin des „Noten Kreuzes“ aus. Die „Noten Kreuz“ Armbinder wurde für sie zum Sorgenbruder. Und da sie sich dabei noch als Privatsekretärin des damaligen Statthalters Max „von“ Coudenhove ausgab, so fanden sich Leute genug, die es sich zur Ehre machten, wenn sie mit dem „goldblauen“ Fräulein in nähere Beziehungen treten konnten. Friederike Barvitius verstand diesen Vorteil, auf den sich ja der ganze

Plan aufbaute, flüchtig auszunützen. Unter dem Vorwande, daß sie für Max Coudenhove Anleihen aufnehmen, entlockte sie der Sekretärinwitwe Julie Straub zuerst 75.000 und dann später noch 16.000 Kronen. Die Witwe, die seit 15 Jahren gelähmt ist, opferte so der gewissenlosen Verräterin ihre Vermögen und weiß heute nicht, wovon sie morgen leben wird. Die Barvitius hatte es auch gut eingefädelt. Sie erzählte immer wieder von ihrer Erbschaft, die ihr nach ihrem verstorbenen Bräutigam, einem ungarischen Offizier und Magnaten, zugefallen sei und Frau Straub gab solange, bis sie selbst zur Bettlerin geworden war. Friederike Barvitius entwendete dann weiter der Frau Hedwig Arbes aus Prag Smidow eine goldene Uhr und eine altertümliche Brosche, wertes im Werte von 3400 Kronen. — Die Verräterei der Barvitius, die Mutter Emilie stand ihrer Tochter hilfreich zur Seite — wurden nach dem Zusammenbruch aufgedeckt, als man darauf kam, daß die Brosche, die Frau Straub erhalten hatte, gefälschte Unterschriften der Familie Coudenhove trugen. Der Prozeß gegen die Barvitius zog sich seither Jahre hindurch. Die Verhandlung wurde sechsmal vertagt. Entgegen der Behauptung der Barvitius erklärte Max Coudenhove in einem Briefe an das Prager Landesgericht, daß er mit der Barvitius nie etwas zu tun gehabt habe und daß er es infolge seiner Beschäftigungen nicht notwendig hatte, Anleihen aufzunehmen. In seinem Briefe schreibt Max Coudenhove dann weiter, daß er gerne aus Prag — wo er sich derzeit aufhält — nach Prag zum Gerichte kommen würde, wenn er nicht Besichtigungen wegen der Sicherheit seiner Person hegen würde. (Der Herr Coudenhove scheint demnach mit der Zeit doch die richtige Meinung über seine „legenstreich“ Tätigkeit als Statthalter in Prag bekommen zu haben).

Zu der heutigen Verhandlung war Emilie Barvitius nicht erschienen, da sie nichts zum Anziehen habe. Gegen ihre Tochter Friederike verfuhr man sehr milde. Man verlangte nämlich ohnehin die Verhandlung, um jetzt Friederike auf ihren Geisteszustand untersuchen zu lassen. Verräter und sonstige Helfen, die den „obersten Zehntausend“ angehören, werden ja immer „geisteskrank“, wenn sie ein Verbrechen begehen.

Die Dittner zu drei Jahren Kerker verurteilt.

Lemberg, 15. März. Gestern wurde das Urteil gegen die österreichische Denunziantin Dittner verkündet. Diese hat, wie bekannt, während des Weltkrieges eine ganze Reihe bedeutender polnischer Persönlichkeiten wegen angeblichen Hochverrats denunziert. Sie wurde zu drei Jahren schweren Kerker verurteilt. Nachdem der Verurteilten infolge der Amnestie und der Einrechnung der zehmonatigen Untersuchungshaft die Strafe herabgesetzt wurde, wird sie nur noch 14 Monate im Kerker verbringen. Nach Verbüßung der Strafe wird die Dittner aus Polen ausgewiesen werden.

Die nächste Schwurgerichtsperiode.

Die Auslosung für die nächste Schwurgerichtsperiode in Prag, findet am 19. d. statt. Die Schwurgerichtssession wird am 3. April eröffnet werden. In einem der ersten Verhandlungstage wird sich der Portier Petkicek zu verantworten haben, der im vorigen Herbst seine Geliebte in einem Walde bei Klanowich ermordet und beraubt hat. Die Leiche schleifte er dann zu einem Baum und hängte sie dort auf, um es blühend vorzutäuschen. Die zehntausend Kronen, die er dem Mädchen geraubt hatte, verwendete er zum Teil für Anschaffungen in seinem Haushalt, zum Teil verlor er das Geld in verschiedenen Loterien und kaufte sogar seine Frau, mit der er in nicht gerade harmonischer Ehe lebte, weil er in

Zizow als Schürzenjäger bekannt sein soll, eine goldene Uhr und Ohrgehänge. Ferner wird in dieser Schwurgerichtsperiode der Prozeß gegen die bekannte Diebin Aloise Rohat stattfinden, die einen Raubüberfall gegen die Ozeletzin Kovat verübt hat.

Kleine Chronik.

Explosion in einer Chemikalienhandlung. Eine folgenschwere Explosion ereignete sich am Samstag in der Farben- und Chemikalienhandlung Vorkommer u. Bangarter in Zuttigart. Bei den Reinigungsarbeiten in einem unterirdischen Petroleumkammer zerbrach eine Lampe. Dadurch entstand eine Explosion, bei der zwei Arbeiter ums Leben kamen und fünf weitere mehr oder weniger schwere Verletzungen erlitten. Von den Schwerverwundeten ist im Laufe des Sonntags einer seinen Verletzungen erlegen.

Starkes Erdbeben. Aus Wien wird vom 15. d. gemeldet: Die Seismographen der Zentralanstalt für Meteorologie reaktivierten heute, den 15. März, um 6 Uhr 21 Min. 34 Sek. früh ein sehr starkes Erdbeben in ungefähr 500 Kilometer Distanz. — Nach Meldungen aus Sarajevo fand dort heute früh ein starkes Erdbeben statt, wodurch ziemlich großer Sachschaden verursacht wurde. Das Erdbeben wurde auch in Belgrad, Mostar und Ragusa verspürt.

Amerikanischer Weltflug im Zeppelin. Nach einer Washingtoner amtlichen Mitteilung des Konteradmirals Kelle, des Chefs des Luftschiffdienstes im amerikanischen Marineamt, wird das lenkbare Luftschiff „Z. B. 1“ im Sommer den geplanten Flug um die Welt in der Richtung der Meridianlinie antreten, der es über den Nord- und Südpol führen soll.

Die Vereinigten Staaten besitzen 81 Prozent aller Automobile. Nach einer Aufstellung des Automobildienstes des amerikanischen Handelsdepartements befinden sich zu Jahresbeginn in allen Ländern der Welt zusammengekommen 12.858.783 Personenautomobile, 1.763.378 Lastautomobile und 895.965 Motorräder; davon in den Vereinigten Staaten 12.257.376 Personen- und Kraftwagen oder 81 Prozent, jedoch nur 210.000 Motorfahräder oder rund ein Fünftel dieser dräben mitschalteten Befehle.

Das Gehirn unter dem Mikroskop. Die medizinische Wissenschaft, die sich heute an die schwierigsten Probleme wagt, sucht die Geheimnisse der Gehirnfunktionen und ihrer Störungen auch auf mikroskopischem Wege zu ergründen. Das ist jedoch eine komplizierte Aufgabe, die langwierige und umständliche Vorbereitungen erfordert. Das Gehirn, das mikroskopisch untersucht werden soll, wird zuerst in eine Lösung von Kalium-Bichromat gelegt. Es bleibt darin ungefähr neun Monate oder etwas länger liegen, worauf es in ein anderes Gefäß kommt, das absoluten Alkohol enthält, der dazu dient, die Hirnmasse völlig zu entwässern. Zur Präparierung des Gehirns ist nämlich erforderlich, daß es vollständig frei von Wasser wird. Diese Prozedur nimmt ungefähr einen Monat in Anspruch. Nachdem man sicher ist, daß der Alkohol jede Spur von Feuchtigkeit aus dem Gehirn entfernt hat, wendet er in ein Gefäß mit Celloidin, eine Materie, die man dadurch erhält, daß man Salpetersäure auf Zellulose einwirkt. Diese Prozedur ist gleichfalls unerlässlich, da das Material durch die Einwirkung des Alkohols zu spröde geworden ist, um in dünne Schichten geschnitten zu werden — eine Voraussetzung für die wissenschaftliche Untersuchung. Nachdem die Hirnmasse auch in Celloidin einige Zeit gelegen hat, kann sie mittels einer Maschine in so dünne Scheiben geschnitten werden, daß es möglich ist, Teilchen von 1/1000 Millimeter Durchmesser genau unter dem Mikroskop zu untersuchen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Ein Angriff der Unternehmer der chemischen Industrie.

Die Unternehmer in der chemischen Industrie sind zum Angriff übergegangen, haben den bisher geltenden Kollektivvertrag gekündigt und den Arbeitervertretern den Entwurf zu einem neuen Vertrag eingehändigt, der eine unerhörte Verschlechterung des bisherigen Zustandes bedeutet. Vor allem wird der Versuch gemacht, den Achtstundentag zu durchbrechen, was dadurch bewirkt werden soll, daß man die Ueberstunden nur dann besonders entlohnt, wenn die 48stündige Arbeitszeit in der Woche überschritten wird. Wenn also die Arbeiter nur drei oder vier Tage in der Woche arbeiten und man unter ihnen an einem Tage eine Ueberzeitarbeit zu, so soll diese Ueberzeitarbeit nicht bezahlt werden, weil eben die 48stündige Arbeitszeit in der Woche nicht überschritten wurde. Auch der freie Samstag nachmittags ist in Frage gestellt und hängt vom guten Willen der Unternehmer ab. Die Wochens- und Ruhepausen, welche in der chemischen Industrie ein Gebot der primitivsten Hygiene sind, sollen abgeschafft werden. Was die Bezahlung der Arbeit anbelangt, setzt der Entwurf fest, daß Ueberstunden künftig nur mit 25% Sonntagsarbeit und die Arbeit an hohen Feiertagen nur mit 50% über dem Grundlohn bezahlt werden soll, gegen 50, 100 und 200% bisher. Die Nachschichtzulage hat zu entfallen. Ebenso entfallen die Familienzulage, Kinderzulage, Anschaffungsbeitrag und Feuerzulage. Der Urlaubanspruch soll auf das Höchstmaß von sechs Arbeitstagen im Jahre herabgesetzt werden. Von den bisherigen Löhnen sollen 15 bis 40% abgezogen werden! — So laien in großen Zügen betrachtet die hauptsächlichsten Forderungen der chemischen Unternehmer aus. Auf der ganzen Linie Verschlechterung und Beseitigung der Rechte der Arbeiterschaft. Die gesamte Arbeiterschaft der chemischen Industrie ist zu dem schärfsten Widerstand gegenüber diesem Angriff der Unternehmer entschlossen.

Konzentration in der Böhmer Branndindustrie.

Wie die „Bohemia“ erfährt, finden gegenwärtig Verhandlungen statt, die auf eine Konzentration in der Böhmer Branndindustrie hinführen. Die Abklärung in dem Zinnditar soll die Zinnoxyd-Produktion übernehmen.

In dem Lohnstreik in der Berliner Metallindustrie wurde am 8. März ein Schiedsgericht gebildet, der Stundenlohn von 1115 bis 1265 für Arbeiter über 21 Jahre, von 959 bis 1075 für Arbeiter von 18 bis 21 Jahre und von 725 bis 855 Mark für Frauen und Mädchen zugestanden. Ueber diesen Spruch stimmten die Metallarbeiter am Montag und Dienstag ab. Nach dem Ergebnis dieser Abstimmung vorliegt, haben die Unternehmer bereits den Schiedsgericht abgetreten. Der Metallarbeiter-Verband wird wahrscheinlich den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung stellen, mit dessen Ablehnung man bei dem Stand der Dinge wohl rechnen muß. Wenn auch diese letzte Friedensmöglichkeit ungenutzt bleibt, ist mit dem Streik in der Berliner Metallindustrie zu rechnen, vorausgesetzt, daß die Abstimmung nicht schon den Streikbeschluss der Arbeiter bringt.

Betriebsschließungen in Rußland.

Die Karsjevka-Metallwerke des sibirischen staatlichen Syndikats der Schwerindustrie (Angostsk) werden wegen Unrentabilität geschlossen. Von den 2000 Arbeitern der Werke sollen 1000 auf den Kohlengruben des Syndikats beschäftigt, der Rest entlassen werden. Die Leitung des Syndikats

Der Heid im Schatten.

Roman von Karl Bröger.

Ernst empfand sich frischer und biegsamer als lange Zeit. Er stritzte sich mitten in die tolle Ausgelassenheit, und da seine Laune, einmal entbunden, hinreichend strömen konnte, nahm er bald das ganze Abteil mit. Sprudelnd von Schmutzen und Schwaden, weckte er tosenden Gelächter mit einer aus dem Keimel geschüttelten Ansprache des Feldwebels an die einrückenden Rekruten.

„Zülfgestanden!... Wenn das g'scherte Röhensloch dahintun noch mal die Ohren rüber, lass ich ihn tanzen, daß er nicht mehr weiß, ist er ein Männlein oder ein Weiblein... Sperrt eure Köpfe auf und strengt das bishiden Dien an, das ihr heffentlich nicht ganz in Mutters Arschlober gelassen habt. Ihr seid nun Soldaten! Wagt ihr auch, was das heißt?... Gar keine Ahnung habt ihr davon, ihr trunnenen Zirkelsticker. Bis ihr Soldaten seid, halbwegs richtige Soldaten, hab ich mir wohl mein Endchen Lunge gar herausgeschrien und kann in Besinnung gehen. Glaubt nicht so dämlich! Euch wird schon noch ein Teufelsjeder aufgeben, wenn euch die Hammelknochen wehtun, daß ihr am liebsten in ein Mausloch kriechen möget. Lieber will ich Tag und Nacht Holz hauen, als aus so einer trunnenen Bande Soldaten machen, die den Namen in Ehren verdienen... Drum rat ich euch bloß: Reißt euch zusammen und lümmelt nicht herum. Wir sind hier kein Regellub und ich danke für die Ehre, euer Vorstand zu sein. Wer gefragt wird, macht das Maul auf, so weit er kann. Beim Menagieren könnt ihr das sicher alle ausgezehnet. Wer nicht gefragt wird, hält die Klappe... Der Soldat erhält regelmäßig seine Gebührende. Sperrt die Augen nicht so geistreich auf! Ach, zähle euch die Gebührende bloß aus. Wena's von meinem Geld gehen

sollte, tät ich mich schon bedanken, und wüßt was Besseres damit anzufangen, als es einer solchen Naffelkande an den Hals zu werfen. Zweieundzwanzig Pfennig im Tag sind ein schöner Haufen Geld, wenn man sie auf einmal verkaufen kann. Das habt ihr ja doch alle vor. Ihr wüßt nun Bescheid, was ein ehrliebender Soldat zu tun und nicht zu tun hat. Daß mir später keiner kommt und sagt, er hätte das und jenes nicht gewußt! Beggetreten!...“

Die Zeit schwand bei solchen Possen, und eher als die lustige Sippschaft dachte, war das Ziel erreicht...

Buchstadt liegt wunderschön im Bergfessel, rund von Höhen eingerahmt, die den Blick begrenzen. Die Kasernen lagern vor dem Städtchen in einer Senkung.

Die nächsten Wochen fanden Ernst in übelster Laune. Kein Wunder! Er hatte bislang gedacht, der Mensch geht, wie es am bequemsten ist. Hier sollte er plötzlich die Fußspitzen abwärts und gleichzeitig auswärts setzen, sollte die Anie durchdrücken und mit ganzer Sohle auf den Boden treten. Wozu die Umstände? Ernst schwitzte Blut und verwünschte die vertrackten Vorschriften, die nur ein abgefeimter Folterknecht ausgenobelt haben konnte. Obwohl nicht schwerfällig, tat sich Ernst doch außer bei den Übungen, weil er seinen Körper allzulange vernachlässigt und gar nichts für seine Muskeln getan hatte. Auch das Kopfhängen schaffte üble Pein. Er war gewohnt, die Nase hängen zu lassen, was als unerhörter Verstoß gegen die vorschrittsmäßige Haltung eines Soldaten gerügt und bis zum Erbrehen beredet wurde. Eben hauchte der Ausbilder ihn wieder an: „Nehmen Sie Ihren verdammten Dickschädel hoch, Löhrer! Sie finden hier keinen Hundertmarktschein...“

Anschreiben wirkte auf Ernst wie Peitschen-schlag. Er hielt darum den Kopf hartnäckig gesenkt und preßte trotzig die Lippen. Der Abtrichter stellte ihn dem Leutnant vor.

„Hören Sie mal, mein Lieber, bei uns gibt es diese Späßen nicht. Draußen können Sie machen, was Ihnen paßt. Hier wird pariert oder wir streichen Ihnen das Lederzeug an, daß Ihnen schwarz vor den Augen wird... Unteroffizier, nehmen Sie den Löhrer allein vor. Wenn er in zehn Minuten die Nase immer noch im Sand hat, wird er dem Herrn Hauptmann vorgestellt.“

Es geschah zum erstenmal, daß auf Ernst Löhrers bürgerliche Vergangenheit angespielt wurde. Daß sie nicht unbekannt war, ahnte Ernst. Er dachte seinen Teil und nahm sich vor, in keinem Zug dem Bild zu gleichen, das seine Strafliste gab.

Einmal über die erste schwere Zeit der Ausbildung weg, fand sich Ernst gewandt in die neue Lage. Ohne ein Musterfeldat zu sein, fiel er bei den Übungen nicht mehr auf, tat im inneren Dienst, was von ihm verlangt werden konnte, und legte vernünftiges und beherrschtes Wesen zur Schau. Sein Gesicht war den Ausbildern rasch bekannt, in den wenigen Angelegenheiten, die vom Soldaten Geist erfordern war Ernst besser zu Haus, als die meisten anderen, und der Feldwebel überlegte nicht lange, Ernst als Schreiber anzurichten. Ernst führte alle Kanzleiarbeiten rasch und zuverlässig aus, kam dabei den Anforderungen des gemeinen Dienstes immer noch nach und hatte so in einigen Monaten seine sichere Stellung bei der Kompanie. Der Hauptmann mochte ihn nicht, war aber ein unbestechlich gerechter Mensch und schloß Ernst von seiner Gerechtheit nicht aus.

Ernst erkannte, daß in ihm eine gründliche Wandlung vor sich. Er war ruhig und aeseht, immer noch sehr schwermütig und verschlossen, selten aufgeleht zu sprechen oder gar zu sinnen. Doch hatte er nie vorher das Gefühl des inneren Gleichgewichtes gehabt. Ueber Vergangenes dachte er ohne Nimm noch, wenn auch der bittere Geschmack der Erinnerungen auf die Zunge biß, lebte ganz in den Pflichten der Gegenwart und hoffte heim-

lich, die Zukunft, die schon und strahlend hinter den Bergen lag, an denen jeden Tag sein Widling, würde ihm alles lohnen. Die Berge schauten gelassen und unbewegt herein in sein jämmerliches Leben. Ernst grüßte sie jeden Morgen und Abend, sah den Mond in ihren gewaltigen Knippen hängen, und empfand ihre große Ruhe wie ein Spiegelbild der eigenen Seele. Die große Ruhe war auch über ihn gekommen. Zeit er in der einsamen Kaserne, angelehnt der reinen Höhenzüge, tat, was der Tag forderte, lästete Zufriedenheit sein Wesen, Zufriedenheit, die nicht Anlehnung des Gemütes, die wohlwunder Ausgleich von Willen und Sein ist. Nicht für die gemeinliche Notdurft sorgen zu müssen, die entscheidende Sache um Arbeit und Brot hinter sich wissen, nicht den Grund der Armut und des Glends ahnen, sondern reine, irische Waldluft: Ernst spürte, wie sein Wesen sich aus dem Bann von Trieben rang, die in der Großstadt empfangen und genährt, in der neuen Umwelt langsam abdorrien. Anspinnung nach Ernst nicht mehr. Er blieb dem Wirtshaus fern. Wenn die Kameraden ihre sonniglichen Saunfabriken rüsteten, strich er sich auf die Klappe und las die Bücher der Kompanie auf. Außer der Lösung bekam Ernst sein Geld in die Hand. Es war ihm auch ganz gleichgültig. Nun heißt es: Ein Soldat ohne Geld ist der Garnicht in der Welt! Ernst teilte sein Vermines sorgsam ein, was er früher nie getan hätte, hielt eifern an dem vorgenommenen Ausgabenplan fest und rückte nicht um Haaredbreite von seinen Grundzügen. Ernst war einm Grundzüge nur Ausreden für mangelndes Temperament geveken. Dummäuser wurde Ernst nicht. Die Abendunterhaltung im Zimmer oder in der Kantine schen ihm kreuzverquält. Als Vorsinger und Stimmsührer erfuhr sich Ernst guten Rufes bei allen liebertrohen Seelen, und wurde geschimpft, so schimpfte Ernst kräftig und überzeugt mit.

(Fortsetzung folgt.)

ist infolge von Absatzschwierigkeiten zu einer Einschränkung der Produktion genötigt und hat 2000 Arbeiter entlassen. Das Finanzministerium hat einen besonderen Ausgabebetrag des Obersten Volkswirtschaftsrates für das laufende Budgetjahr in der Höhe von 59,8 Millionen Rubel für 1923 befestigt, um die stillgelegten Betriebe im Zustande einer gewissen Betriebsbereitschaft zu erhalten (zu „Konserwieren“). 21,5 Millionen Rubel entfallen auf die Metallindustrie mit 70 Betrieben. Insgesamt sollen etwa 1700 wichtigere Trusts und zentralen Wirtschaftsorganen unterstellte Betriebe aus Staatsmitteln „konserwiert“ werden, für welche einige Aussicht auf Wiedereröffnung in absehbarer Zeit besteht. Auf den zu konserwierenden Betrieben sollen etwa 800 Arbeiter und Techniker bleiben. Die übrigen stillgelegten Betriebe sollen, soweit sie nicht gänzlich aufgelöst oder verpachtet werden, von den lokalen Volkswirtschaftsräten überwacht werden. Ein Teil der betroffenen Betriebe gehört der Seeresbedarfsindustrie an.

Die Vertrustung der amerikanischen Fleischkonserverindustrie ist jetzt zustande gekommen. Die bei den größten amerikanischen Fleischkonserverfabriken von Armour und Morris haben sich mit einem Kapital von 500 Millionen Dollar zu einem Trust zusammengeschlossen. Dieser Trust würde demnach das Gesamtmonopol der Fleischkonserverzeugung besitzen. Man befürchtet infolgedessen in Amerika, daß die Preise für den Verkauf steigen und die Einkaufspreise für Vieh sinken werden.

Die beste aller Welten. Von einer Krisis in der argentinischen Viehzucht berichtet nach dem „Leipz. N. Nachr.“ Leonard Matters in einem Briefe aus Buenos Aires:

„Die Estancieros, die Viehzüchter, die sonst die reichste und einflußreichste Berufsgruppe in Argentinien ist, machen eine böse Zeit durch. Der Wert des Rindviehes ist so tief gesunken, wie noch nie in der Geschichte der südamerikanischen Viehzucht, und die Herden, die durch treffliche Zucht nur noch aus Mustereemplaren bestehen, haben sich so vermehrt, daß niemand mehr etwas zahlen will. Stiere werden zu Preisen verkauft, die höchstens noch ein Drittel des Preises von 1920 betragen, und Kühe und Kälber sind überhaupt kaum noch veräußlich. In den letzten Wochen wurden Kühe zum Preise von sechs Schilling das Stück losgeschlagen, und bei einer öffentlichen Versteigerung konnte der Auktionator die Tiere einzeln überhaupt nicht mehr loswerden, sondern verkaufte sie herbenweise, wobei für eine ganze Herde weniger als 2 Pfund Sterling (d. s. K. 320.— Ann. d. Red.) geboten wurden. Bei solchen Preisen kann der Viehzüchter natürlich nichts verdienen und gerät in Verzweiflung. Auf seine lauten Klagen kann ihm nichts weiter geantwortet werden, als daß das unausweichliche Gesetz von Angebot und Nachfrage walte, daß es viel zu viel Rindvieh in Argentinien gibt und daß die verarmten Europäer diese Ware nicht mehr kaufen können.“

In Argentinien so viel Vieh, daß es unverkäuflich ist — in Russland sterben jährlich tausende Menschen Hungers und in ganz Europa sind Millionen, die kaum einmal in der Woche sich einen Bissen Fleisch gönnen dürfen; besser als durch diese Gegenüberstellung kann der Kapitalismus nicht charakterisiert werden.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Table with 2 columns: Location (Prag, Wien) and Exchange Rate (Krone).

Prager Kurse.

Table with 3 columns: Item (Gold, Ware, etc.), Price 1, Price 2.

Züricher Schlußkurse.

Table with 3 columns: Location (Paris, London, Berlin, etc.), Price 1, Price 2.

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute, Freitag, Richard Strauß Musikkomödie „Der Rosenkavalier“ (Dirigent Dr. Jelowetz); morgen, Samstag, das neuinszenierte Shakespeare-Lustspiel „Der Widerspenstigen Zähmung“; 10 Uhr nachts Messe-Nachvorstellung „Die kleine Sänderin“; Sonntag, „Apachen“.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz in Dux. Sonntag, den 11. März, fand im Gasthaus „Rudolf“ in Dux die Bezirkskonferenz der Bezirksorganisation Dux statt. Vertreten waren die Lokalorganisationen durch 26 Genossen und 14 Genossinnen, die Bezirksvertretung der Partei durch vier Genossen und fünf Genossinnen, der sozialistische Jugendverband durch einen Genossen und eine Genossin, die Arbeiterturn- und Gesangsvereine durch je einen Genossen. Für die Kreisvertretung nahm Genosse Růd. Těplý an der Konferenz teil. Genosse Nowy erstattete der Konferenz einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der Organisationen seit der letzten Konferenz. Mit Befriedigung konnte festgestellt werden, daß trotz Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit die Bezirksorganisation ihren bisherigen Stand erhalten hat. Die rege Bildungsarbeit, die zur Veranstaltung vieler Vorträge, Kurse und Versammlungen führte, zeigte deutlich, daß die einzelnen Organisationen im Bezirke gute Arbeit zur Festigung der Organisation und Erziehung der Parteimitglieder leisten. Für das Frauenbezirkskomitee berichtete Genossin Weiß Martha Dux. Auch das Frauenbezirkskomitee kann auf eine Fülle reichhaltiger Erziehungs- und Bildungsarbeit für die Frauen zurückblicken. Besonders an der einheitlichen Bildungsarbeit, die durch den Bezirksbildungsausschuß der Partei den einzelnen Lokalorganisationen vermittelt wird, nehmen die Frauen regen Anteil. Für die Jugendbewegung berichtet Genosse Molz Dux. In der anschließenden, äußerst lebhaften Debatte vertrat die Genossin Bláskel Dux besonders darauf hin, daß die einzelnen Lokalorganisation den Verein „Arbeiterheim“ in Dux noch besser fördern helfen sollen. Genosse Růd. Těplý besprach die Beschlüsse des Rechtsausschusses, die den einzelnen Organisationen als Richtlinien zu dienen haben. Genosse Uhl berichtete sodann ausführlich über die Vorbereitungen zur heurigen Märfest und zum Bezirksfest. Er verweist dann weiter auf die am 25. März in Ofegg stattfindenden Gemeindevahlen, für welche die Genossen und Genossinnen in Ofegg alles Notwendige vorzubereiten haben.

Bezirkskonferenz Freiwaldau. Am letzten Sonntag fand im „Deutschen Haus“ in Freiwaldau eine Bezirkskonferenz statt, bei der 23 Organisationen durch 35 Delegierte vertreten waren. Für den Kreis war Abgeordneter Genosse Joll erschienen. Aus den Berichten war zu entnehmen, daß in fast allen Organisationen ein Festhalten an den Positionen und ein Aufstieg zu verzeichnen ist. Ueber Antrag des Genossen Lehmann wird hierauf die Errichtung einer politischen Fabrikorganisation in Sandhübel für die dortige Papierfabrik beschlossen, worauf Genosse Joll das Referat über die politische Lage erstattete. Genosse Joll besprach die Folgen der Ruhrbeziehung, weiter das Schuggesetz und die kommenden Gemeindevahlen. Genosse Dr. Klein berichtete dann noch ergänzend über die Vorbereitungen für die Gemeindevahlen und brachte Merkblätter an die Delegierten zur Verteilung. Er beantragte ferner mit der Arbeitergemeinschaft, respektive den Kommunisten im Bezirke endgültig zu brechen. Die Delegierten stimmten fast einmütig diesem Antrag zu. Nach einer lebhaften Debatte wurden hierauf Neuwahlen vorgenommen und Genosse Bayer-Oberlinde wies zum Obmann, Genosse Rišch-Thomasdorff zu dessen Stellvertreter und Genosse Schreier-Niederlinde wies zum Schriftführer gewählt. Sodann schloß Genosse Bayer mit einem Appell an die Delegierten die Bezirkskonferenz.

Sammlungsausschuss für den Monat Feber 1923. Parteifonds: 5. Karlsbad 2000 K., 6. Těplý 1000 K., 7. Reichenberg 500 K., 8. Warnsdorf 1600 K., 13. Troppau 1600 K., 14. Grulich 400 K., 14. Trautenau 800 K., 17. Karlsbad 1200 K., 20. Brünn 1000 K., 23. Těplý 600 K. — Zentralwahlfonds: 5. Karlsbad 1000 K., 6. Těplý 800 K., 7. Reichenberg 250 K., 8. Warnsdorf 800 K., 13. Troppau 800 K., 14. Grulich 200 K., 14. Trautenau 400 K., 17. Karlsbad 600 K., 20. Brünn 500 K., 23. Těplý 300 K.

Der Film.

Max Linder im Bio „Sansonci.“

In einer ergötzlichen Verfilmung der unsterblichen „Drei Musketiere“ begrüßten wir Sr. Majestät Max Linder, den grotesken Spahndarsteller aller olieren, affizierten und feindlichen Leinwandflächen, freuten uns auf unsere Art königlich über allerhöchst seine hoch zu Maulsel errungenen Don-Luigote-Triumphe, folgten ihm unter Deiterfeitsausbrüchen von New-Orleans — oder hieß der Ausgangspunkt seines Feldzuges Vodbaba? — über den Armeekanal zum Rudolfinum bis hinter den Wilsonbahnhof in Prag, in dessen Umgebung er, den amerikanischen Filmfabrikanten zufolge, seine allergrößten Feldentaten vollbrachte. Für ein Weilschen waren wir gar stolz darauf, daß die Amerikaner ausgerechnet Praha zum Reiseziel ihres burlesken Schwindel-Geldes erwählten — Praha, die Stadt, die zwar selbstverständlich unter Praha in der ganzen Welt bekannt ist, aber nicht weil sie Praha ist, sondern weil sie das Rudolfinum besitzt, in dem es erstens gar nicht burlesk zugeht, das zweitens keine Schwindelhelden beherbergt und das drittens, wenn doch, so höchstens vornehmen, traurigen Gestalten Obdach gibt. Mit solchen hat aber — um auf unserenelden zurückzukommen — Monsieur d'Artagnan zeitlebens keine Bekanntschaft gemacht. Die übersaus gelungene Parodie rollt unter Max Linders urdröhriger Mitwirkung so rasch ab, daß wir bis paar Kilometer vor Prag an nichts dachten und zuletzt vor Lachen tränenden Auges nicht einmal wahrnehmen, ob Max sie, oder sie ihn, ob beide sich, oder ob sie überhaupt sich kriegen. Als mäßige Draufgänger gibt es den „Monsieur d'Artagnan“, der ein verflucht langwrigiger Patron ist. — ch.

Literatur.

Robert Jaesi: „Rainer Maria Rilke“. Wien und Zürich, Amalthea-Verlag. Ueber den Prager Dichter, der freilich schon früh und zu seinem Glück hoch über die engere Heimat und deren Literaturgeschicklichkeit hinauswuchs, ist schon viel geschrieben worden, doch noch kaum je so einleuchtend und überzeugungsgestark. Rilke selbst liebt dunkle Worte und prachtvoll getürmte Perioden und deshalb meinen denn auch seine Interpreten, es ihm hier — zum Nachteil ihrer Werke — nachtun zu müssen. Jaesi aber begnügt sich mit klaren, schlichten Sätzen und schaut auf einen wohlgegliederten Aufbau und so entsteht unter seinen Händen das Bild eines nachfahren Conrad Ferdinand Meyers, eines Bruders von Hoffmannsthal und Thomas Mann, „zu müde bereits, zu edel zur Lat und zum Leben“. Aus diesem Grundton des Rilkeschen Wesens entwickelt Jaesi die wenigen Tatsachen des äußeren Lebenslaufes, das Unbehauste, Berufs- und Familienlose, den ewigen Wandertrieb, lauter Charakteristika des geborenen Romantikers. Der Einsame, der am Leben oder, besser gesagt, am Tode hin seine Straße geht, erlebt nicht, sondern beobachtet unter Qualen und Schmerzen, verfeinert sich zu einer Empfindlichkeit sondergleichen und in diesem Erspüren des für andere längst Unspürbaren findet er seine tiefste Eigenart. Nicht er, sondern die Menschen und noch mehr die Dinge reden, und zwar nicht in des Dichters, sondern in ihrer eigenen geheimnisvollen Sprache, Landschaften, Zeiten und Dinge sind das Thema einer gewissermaßen unpersonlichen, gegenständlichen Lyrik. Ein Tier, die Großstadt, das Volk finden ihr Wesen, wenn man etwa die Verse aus einer großen Stadt liest:

Da leben Menschen, leben schlecht und schwer, In tiefen Zimmern, hange von Gebärde, Geängsteter denn eine Erklingsherde; Und draußen wacht und atmet deine Erde, Sie aber sind und wissen es nicht mehr. Da wachsen Kinder auf an Fensterstufen, Die immer in demselben Schatten sind, Und wissen nicht, daß draußen Blumen rufen Zu einem Tag voll Weite, Glück und Wind, — Und müssen Kind sein und sind traurig Kind.

Diese Hingabe an die Dinge muß Sehnsucht erzeugen, Sehnsucht nach der Ruhe dieser Dinge, das ist nach dem, was die Leute „Tod“ nennen, was aber für Rilke tieferes Leben ist, nach der Erde, aller Ruhe Muttergrund, und nach Gott. Nur ist es nicht der Gott der Bibel und der Kirche, sondern der von jedem Menschen mit religiösem Urgefühl selbsterschaffene Gott, die Vergeistigung der Materie. In diesem Sinne ist, wer einem Ideal zutreibt, religiös, alle Hingabe an ein Ziel ist Religion. Solch einen Gottschöpfer, freilich einen müden, weltabgewandten, lehrt uns Jaesi in Rilke kennen, und wie sein Wesen, so bringt er uns auch seine dichterische Form, ein Wunderwerk erlebener Kunst, prachtvoll nahe. Es ist in seiner Wärme, Eindringlichkeit und Klarheit, eine Dichterkritik, wie wir deren nicht zu viele haben. K.

Turnen und Sport.

Zum Kreisschwimmtag des jüngsten Kreises in Auffsig. Anlässlich des Kreisschwimmtages des fünften Kreises am 8. April veranstaltet die Schwimmabteilung der Auffsiger freien Turnerschule ein Schau-Wettsschwimmen und Springen offen für alle Bundesvereine. 1. Aufschwimmen sämtlicher Teilnehmer; 2. Schnellschwimmen, 100 Meter beliebig, Turnerinnen; 3. Schnellschwimmen, 60 Meter beliebig, Turnerinnen; 4. Schnellschwimmen, 60 Meter, Jugendliche; 5. Schnellschwimmen, 100 Meter Seite, Turner; 6. Schnellschwimmen, 60 Meter Rücken, Turnerinnen; 7. Schnellschwimmen 20 Meter Rücken, Turnerinnen; 8. Springen: Turner 2 Pflicht, 1 Kürsprung; 9. Springen: Turnerinnen 2 Pflicht, 1 Kürsprung; 10. Springen: Jugendturner 1 Pflicht, 1 Kürsprung; 11. Stafette: 4x40 Meter Turner; 12. Stafette: 4x40 Meter Jugendturner. 14. Tauchen: a) Streckentauchen, Telleratauchen; 15. Schwimmen (Druck); 16. Wasserballwettbewerb; 17. Reigen der Schwimmabteilung Auffsig; 18. Rettungsschwimmen. Das Schwimmen findet im Auffsiger Stadtbad statt. Pfortlänge 20 Meter. Pforthöhe 1 Meter. Wassertiefe 3 Meter, Wschof und Stohwende erlaubt. — Regeln des deutschen Arbeiter-Wasserportverbandes AWA; Meldungen bis 20. März 1923 an Franz Turnwald, Auffsig, Teichgasse Nr. 7. Pflichtsprünge der Turner: 1. Kopfsprung, 2. Kopfsprung rückwärts aus dem Stand rücklings, angelegte Arme. Turnerinnen: 1. Fußschlußsprung mit Hocken und Strecken der Beine, Arme hochschwimmen. 2. Abreiner Kopfsprung mit einhändigem Abprung, Arme hoch. Jugendturner. Wschof rückwärts mit hochgehobenen Armen.

Mitteilungen aus dem Publikum.

„Tolle Weiber“ (Foolish Wives“). 1499

Die bedeutende Grippe-Erkrankungen der Vorjahre sind in der letzten Zeit gewaltig gesunken. — Es fehlte wohl keine Familie, welche nicht mindestens ein Opfer an Grippe zu beklagen hatte und haben dann sämtliche Rettungsgesellschaften oft verlegt. — Es ist sehr verwunderlich, daß gerade heuer, bei den schlechten Witterungsverhältnissen diese Krankheitsfälle mäßiger auftreten, was dem Umfange der breiten Öffentlichkeit zugurechnen ist, welche hauptsächlich die gefährliche Mäße von den Fäden fernhalten trachtete. In dieser Hinsicht leisten die Palma-Kaufhaus-Schulen und -Abfälle ganz unermeßliche Dienste, welche zu fabelhaft billigen Preisen jedermann zugänglich sind und in Qualität und Dauerhaftigkeit jeder weit überbieten. 1443

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Czermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei-Gesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Advertisement for VITELLO DELIKATESS-MARGARINE. Includes an illustration of a woman with a child and a man with a cart. Text: NUR VITELLO DELIKATESS-MARGARINE GLEICHT DER FEINSTEN TEEBUTTER.

Bereinsnachrichten.

„Der Ideengehalt des Wetternichschen Systems“. Vortrag Dr. S. Srbil, Professor der Wiener Universität, morgen Samstag, 7 Uhr, Karolinum 4, veranstaltet vom Verein für Altertumskunde. Eintritt vier Kronen.

Verbreitet den „Sozialdemokrat“.

Bio-Programm vom 16. bis 22. März.

Advertisement for Lido-Bio and Bio-Anssouci. Lido-Bio: Premiere! Gerhard Hauptmanns berühmter Roman „Phantom“ Jagd nach einem Traumbild. Bio-Anssouci: PREMIERE! Max Linder parodiert d. Musketiere. Burleske in 5 Akten. Außerdem: Der Mann der Wildnis. Amerikanischer Roman in 5 Teilen. In der Hauptrolle W. S. Hardt.

Wo verkehren wir?

Café Continental, Prag-Graben. Goldenes Kreuzel, Prag-Metazanta. Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus, Prag, Smetchy 22 (Urania). 1060

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ Täglich PRAG II., Hybernská Nr. 7.

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

Teplitz-Schönau. CAFÉ EUROPE Bahnhofstraße.